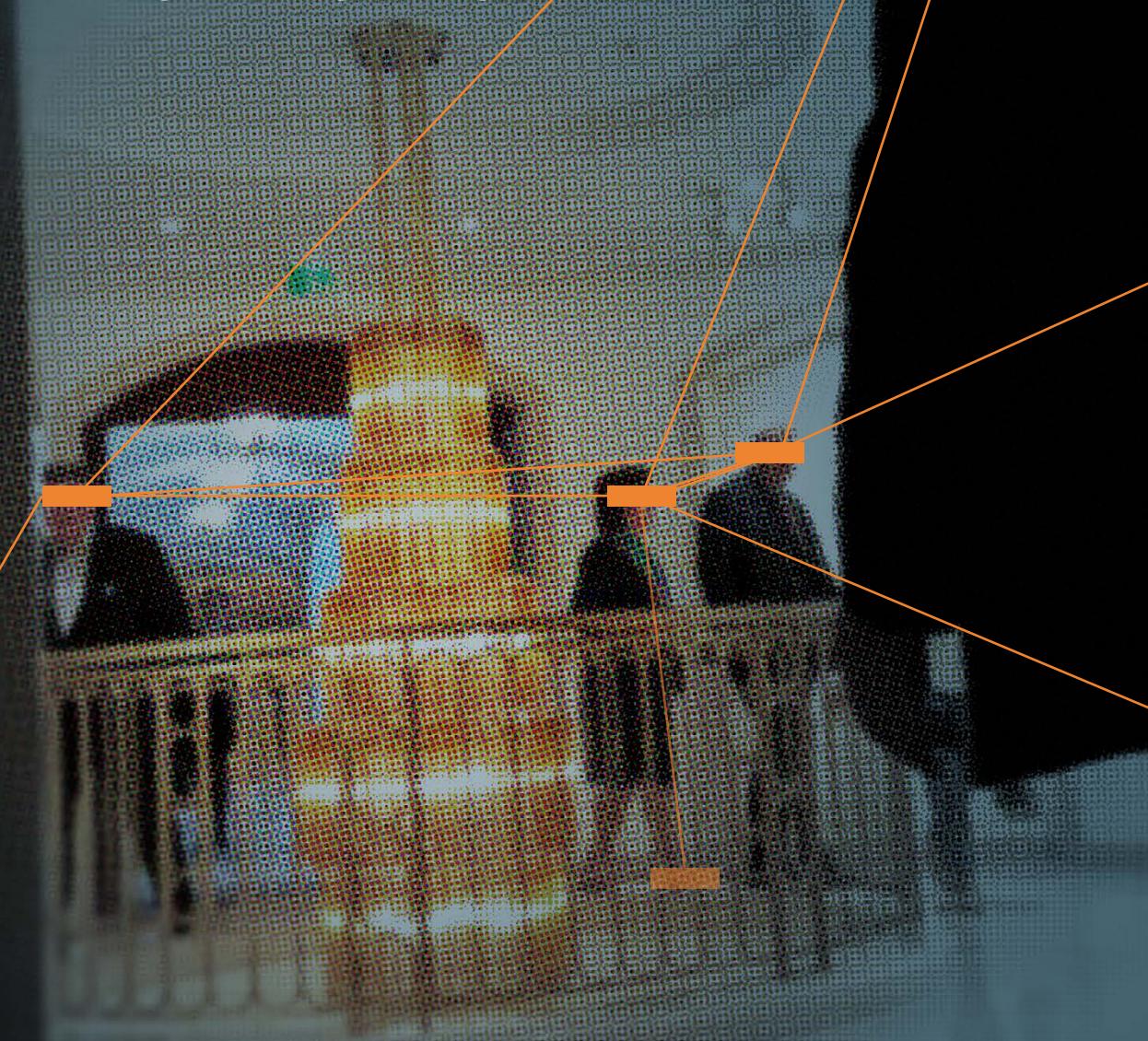


DER CLUB DER SUPERREICHEN

Das geheime Netzwerk
der Stiftung Familienunternehmen
und wie sie gegen Klimaschutz und
Steuergerechtigkeit agiert



Zusammenfassung

Der Club der Superreichen

Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert

Eine investigative Recherche von Greenpeace

Autor:innen

Katharina Heider, Bastian Neuwirth und Mauricio Vargas

Medienansprechpartner

Bastian Neuwirth
Greenpeace-Wirtschaftsexperte
Tel. +49 (0)151 73 07 02 27
E-Mail: bastian.neuwirth@greenpeace.org

Mit Daten von

Andreas Bornfeld

Hamburg, September 2025

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Deutschland kommt beim Klimaschutz zu langsam voran. In der Steuerpolitik herrscht ökologische und soziale Ungerechtigkeit. Denn Superreiche tragen durch Steuerprivilegien finanziell zu wenig zum Gemeinwohl bei, belasten durch ihr Verhalten das Klima aber massiv – auf Kosten der Allgemeinheit. Diese Probleme sind bekannt. Warum aber werden sie nicht zielgerichtet angegangen? Wer bremst Steuergerechtigkeit und die ökologische Modernisierung des Landes? Und warum? Diese Fragen standen am Anfang unserer Recherche. Schnell begegneten wir dabei der Stiftung Familienunternehmen, kurz SFU. Die Stiftung tritt erfolgreich gegen eine stärkere Besteuerung von großen Vermögen ein, ist gut vernetzt in Politik und Gesellschaft und doch weiß niemand Externes, wer eigentlich dahinter steckt. Wir fragten uns: Wer gehört zum Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen? Und wie setzt dieses Netzwerk seine Interessen so erfolgreich durch?

Die vorliegende Greenpeace-Recherche bringt erstmals Licht in das streng abgeschirmte Netzwerk der SFU. **In monatelanger investigativer Recherchearbeit haben wir dem Netzwerk über 250 Unternehmen und dahinter stehende Familiendynastien zugeordnet.** Wir klassifizierten die Geschäftsfelder der Unternehmen und kamen im Laufe unserer Recherche zu folgenden Erkenntnissen:

- Die Stiftung Familienunternehmen und ihre Schwesterorganisation Stiftung Familienunternehmen und Politik (SFUP) arbeiten **gegen Gemeinwohlinteressen wie Steuergerechtigkeit, Klima- und Umweltschutzzvorgaben** für große Unternehmen.
- Die hinter den zugeordneten Unternehmen stehenden Familiendynastien verfügen über enorme Vermögen. **Das Vermögen von drei Viertel der zugeordneten Familiendynastien übersteigt 100 Millionen Euro, bei 82 handelt es sich um Milliardärsfamilien.**
- Bei den zugeordneten Unternehmen handelt es sich fast ausschließlich um **Großunternehmen und Konzerne mit einem Umsatz von über 50 Millionen Euro** bis hin zu dreistelligen Milliardenumsätzen. Zusätzlich belegen interne Dokumente: Fokus der Stiftung ist die Vertretung von Großunternehmen mit über 50 Millionen Euro Jahresumsatz. Wir veröffentlichen die gesamte Liste.
- Knapp 90 Prozent der zugeordneten Unternehmen lassen sich besonders klimaschädlichen Wirtschaftsbereichen zuordnen.** Stark überrepräsentiert ist dabei das emissionsintensive verarbeitende Gewerbe. Unterrepräsentiert sind zukunftsträchtige Branchen wie IT, Gesundheit und Bildung.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung** Berlin Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030 308899-0
V.i.S.d.P. Bastian Neuwirth / Greenpeace e.V. **Redaktion** Wiebke Denkena / Greenpeace e.V. **Layout und Grafiken** Erik Tuckow

Die Fotos auf dem Cover und den Kapitteltitelseiten sind Aufnahmen vom Tag des Familienunternehmens 2025 im Hotel Adlon, die Greenpeace zugespielt wurden.

Inhalt

Zusammenfassung	3
Einleitung	5
1. Die SFU: Superreiche und klimaschädliche Großunternehmen unter sich	6
1.1. Ergebnisse unserer Recherche	7
1.2. Methodik zur Zuordnung des SFU-Netzwerks	10
2. Hinter der gemeinnützigen Fassade: Millionen für Partikularinteressen	12
3. Gezielte Diskurslenkung und Lobbyarbeit gegen das Gemeinwohl	18
3.1. Besteuerung großer Vermögen verhindern	23
3.2. Klimaschutz und Sorgfaltspflichten ausbremsen	27
3.3. Politischer Ausblick: Milliardärssteuer	29
Anhang	30
Endnoten	35

Einleitung

Hinter die Kulissen einer verschlossenen Organisation wie der Stiftung Familienunternehmen zu blicken, ist nicht einfach. Es ist sogar sehr schwierig. Um mehr zu erfahren, haben wir monatelang recherchiert. Unsere Recherchen geben einen umfassenden Einblick in das Netzwerk, die Methoden und Ziele der SFU.

Superreiche heizen die Klimakrise massiv an – durch ihren exzessiven Lebensstil, aber vor allem durch ihr investiertes Kapital in klimaschädliche Unternehmen.¹

Während sie der Allgemeinheit damit erhebliche klimabedingte Schäden und Kosten aufbürden, ist ihr finanzieller Beitrag zum Gemeinwohl zu gering.

So sind die effektiven Steuersätze der Superreichen in den vergangenen Jahrzehnten durch anhaltende Steuersenkungen auf Kapitaleinkommen und weitreichende Steuerprivilegien und Steuerschlupflöcher erheblich gesunken.² Multimillionär:innen und Milliardär:innen zahlen hierzulande inzwischen nur halb so hohe effektive Steuer- und Abgabensätze wie Mittelschichtsfamilien, die hauptsächlich von ihrem Arbeitseinkommen leben.³ Die Folge ist eine im internationalen Vergleich hohe Vermögensungleichheit in Deutschland: Allein die kleine Gruppe von Multimillionär:innen und Milliardär:innen (d.h. das reichste 0,1 Prozent) besitzt rund 20 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland.⁴

Extremer Reichtum bedeutet vor allem Macht. Viele Superreiche nutzen ihr Vermögen, um politische Entscheidungen zu ihrem Vorteil zu beeinflussen – auf Kosten des Gemeinwohls. In den USA zeigt sich dies derzeit besonders eindrücklich. Unter der Trump-Regierung gewinnen Milliardär:innen und reiche Parteispender:innen massiv an Einfluss. Fortschritte im Klima- und Umweltschutz werden zurückgedreht, demokratische Prozesse unterwandert und Steuern für Reiche weiter gesenkt.⁵

Auch in Deutschland existieren wirtschaftlich mächtige, elitäre Netzwerke, die versuchen, Politik in ihrem Sinne zu formen. Ein besonders aktives und einflussreiches ist die Stiftung Familienunternehmen (SFU) – eine Organisation, die sich öffentlich als Sprachrohr der Millionen Familienbetriebe in Deutschland inszeniert, jedoch vor allem die Interessen von Superreichen und Großkonzernen vertritt.⁶

Wer genau hinter der Stiftung steht, ist jedoch seit ihrer Gründung 2002 weitgehend unbekannt. Nach eigenen Angaben wird die SFU „getragen von rund 600 Firmen aus dem Kreis größerer Familienunternehmen.“⁷ Wer die Arbeit der Stiftung finanziell und/oder ideell unterstützt, bleibt jedoch eines ihrer am stregsten gehüteten Geheimnisse. Eine vollständige Liste der Förderer:innen ist weder öffentlich zugänglich noch auf Anfrage erhältlich. Auf ihrer Website nennt die Stiftung lediglich einige Namen aus Vorstand und Kuratorium.⁸

Um mehr über die einflussreiche SFU zu erfahren, haben wir monatelang investigativ recherchiert. Unsere Recherche stützt sich einerseits auf öffentlich zugängliche Quellen: Wir haben Webseiten analysiert, Lobbyregister und Social Media-Plattformen durchforstet und Webarchive durchstöbert. Um zu erfahren, was sich hinter den Kulissen der SFU und ihrer Schwesterorganisation Stiftung Familienunternehmen und Politik, kurz SFUP, abspielt, haben wir zu internen Veranstaltungen der Stiftungen recherchiert, Gespräche mit Insider:innen geführt und Einblicke in interne Dokumente der Stiftung erhalten.

So ist es uns gelungen, der SFU und SFUP ein belastbares Netzwerk aus Personen, Familiendynastien und Unternehmen zuzuordnen und damit zu zeigen,

1. wer hinter der Stiftung Familienunternehmen steckt,
2. wie die Organisation funktioniert,
3. wie sie gegen wichtige Klima- und Umweltmaßnahmen agiert und ein gerechteres Steuersystem verhindert.

Unsere Rechercheergebnisse belegen klar: Wer bei der Stiftung Familienunternehmen an Millionen kleiner und mittlerer Familienbetriebe denkt, irrt gewaltig. Im Netzwerk der Stiftung tummeln sich dutzende Milliardärsdynastien und zahlreiche Großkonzerne aus klimaschädlichen Branchen. Und deren Interessen vertritt sie konsequent über gezielte Medienarbeit, politische Kampagnen und Lobbyarbeit mit Kontakten bis in höchste politische Kreise. Kaum ein Land besteuert Vermögen so gering und Arbeit so hoch wie Deutschland.⁹ Unsere Recherche zeigt, welche Rolle die SFU dabei spielt, dass dies so bleibt.

1. Die SFU: Superreiche und klimaschädliche Großunternehmen unter sich

Stiftung Familienunternehmen

Die Stiftung Familienunternehmen setzt sich für die Interessen von Superreichen und Großunternehmen ein



Aufnahme vom Tag des Familienunternehmens 2025 im Hotel Adlon

In den Hinterzimmern der Republik kennt man sie – draußen kaum jemand. Die Stiftung Familienunternehmen zählt zu den einflussreichsten Lobbyorganisationen Deutschlands. Seit ihrer Gründung 2002 hat sie mehrfach politische Entscheidungen zu Gunsten ihres reichen Klientels beeinflusst.

2009 errang sie laut Spiegel den „größten Lobbyerfolg in der Geschichte der Bundesrepublik“: eine Erbschaftssteuerreform, die milliardenschweren Industriellen erlaubt, ihr Vermögen nahezu steuerfrei weiterzugeben.¹⁰ 2016 verhinderte sie erneut strengere Steuerregeln. LobbyControl beleuchtete im selben Jahr das 33-köpfige Stiftungskuratorium und vermutete, dass zu den damals rund 400 Mitgliedern vor allem reiche und superreiche Unternehmendynastien zählen könnten.¹¹

Heute enthält das Förderer:innenverzeichnis laut Angaben der Stiftung rund 600 Namen.¹² Sie ist mächtiger denn je – und tritt nicht nur gegen Vermögensbesteuerung, sondern auch gegen wichtige Umwelt- und Klimaschutzauflagen ein.⁴ Grund genug, genauer hinzusehen: Wer steckt hinter dieser Lobbyorganisation? Nach monatelanger Recherche können wir einen detaillierten Einblick in ihr exklusives Netzwerk geben.

A Die Stiftung ist unserer Einschätzung nach mächtiger denn je, da sie in den über 20 Jahren ihres Bestehens erheblich gewachsen ist, was die Zahl ihrer Förderer:innen und ihren Einfluss betrifft. Dies belegen z.B. alte Versionen ihrer Webseite, die wir über Webarchive abrufen konnten. Kapitel 3.2. beleuchtet, wie die Stiftung gegen Klima- und Umweltschutzauflagen vorgeht.

1.1 Ergebnisse unserer Recherche

Über unsere Recherchen konnten wir über 250 Konzerne, Großunternehmen und Familiendynastien dem SFU-Netzwerk zuordnen. Die von uns dem Netzwerk der SFU zugeordneten Unternehmen (vgl. Infobox 2) sind größtenteils international agierende Konzerne mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro bis hin zu dreistelligen Milliardenumsätzen – darunter Weltkonzerne wie BMW¹³, Bosch, Henkel, der Pharma- und Chemiekonzern Merck, und die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland. Von den 258 dem Netzwerk der SFU zugeordneten Unternehmen, liegen uns für 231 Unternehmen Umsatzzahlen vor. Davon haben 98 Prozent einen Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro. Über 60 Prozent haben einen Umsatz von über 500 Millionen Euro, über 40 Prozent einen Umsatz von über 1 Milliarde Euro. Darüber hinaus haben mindestens 80 Prozent der zugeordneten Unternehmen Tochtergesellschaften, Werke oder Vertretungen im Ausland. Tabelle 1 zeigt die 20 umsatztstärksten Unternehmen des von uns zugeordneten Netzwerks der SFU.

Der hohe Anteil besonders großer und umsatztarker Unternehmen im Netzwerk der SFU ist kein Zufall, sondern ein expliziter Schwerpunkt der Stiftung. Dies belegen interne Dokumente, die Greenpeace vorliegen. **Darin erklärt die SFU, ihr Fokus liege auf „Große[n] Familienunternehmen“ mit über 50 Millionen Euro Jahresumsatz** (siehe Abbildung 3.3).

	Unternehmen	Umsatz
1	Schwarz Gruppe (Lidl Stiftung & Co. KG, Kaufland Stiftung & Co. KG)	167,2
2	BMW AG	155
3	Robert Bosch GmbH	91,6
4	Phoenix Pharma SE	36,3
5	Fresenius SE & Co. KGaA	23
6	Henkel AG & Co. KGaA	21,5
7	Merck KGaA	20,1
8	Adolf Würth GmbH & Co KG	20,4
9	Bertelsmann SE & Co. KGaA	20,2
10	dm-drogerie markt Verwaltungs-GmbH	16
11	Gebr. Knauf KG	15,6
12	Dirk Rossmann GmbH	13,9
13	Marquardt & Bahls AG	13,3
14	Freudenberg SE	11,9
15	Schwenk Zement GmbH & Co. KG	10,1
16	Theo Müller S.e.c.s.	9,2
17	B. Braun Holding GmbH & Co. KG	8,8
18	Tengelmann Warenhandelsgesellschaft KG	8,4
19	Brose Familien SE & Co. KG	7,9
20	Deichmann SE	7,6

Umsatz in Mrd. Euro/Jahr im Jahr 2023

Tabelle 1: Die 20 umsatztstärksten Unternehmen, die wir dem Netzwerk der SFU zuordnen konnten

Unternehmen dieser Größenordnung werden nach gängigen Definitionen als „Großunternehmen“ klassifiziert und machen **weniger als ein Prozent** der Unternehmen in Deutschland aus (siehe Abbildung 1).¹⁴ Dennoch entsteht durch öffentliche Aussagen der SFU der Eindruck, sie spreche für die Gesamtheit der Familienunternehmen. So heißt es auf der Website der SFU etwa: „In Deutschland sind 2,9 Millionen Familienunternehmen beheimatet. Das sind 90 Prozent aller Unternehmen.“¹⁵ Auch in ihren Social-Media-Beiträgen¹⁶ und Publikationen¹⁷ entsteht dieser Eindruck. Was dabei unausgesprochen bleibt: Die SFU vertritt in erster Linie Großunternehmen und zahlreiche Konzerne, von denen laut unseren Recherchen viele international

tätig sind – nicht jedoch den Mittelstand beziehungsweise die breite Mehrheit kleiner und mittlerer Betriebe (KMU), die den Begriff „Familienunternehmen“ statistisch im Wesentlichen ausmachen (siehe Infobox 1). Unsere Auswertung der Branchenzugehörigkeit der dem Netzwerk der SFU zugeordneten Unternehmen zeigt weiterhin: Hier sind knapp 90 Prozent Unternehmen aus besonders klimaschädlichen Wirtschaftszweigen wie dem verarbeitenden Gewerbe, der Bau-, Logistik- und Finanzbranche versammelt. Insbesondere der emissionsintensive verarbeitende Sektor scheint in der SFU im Vergleich zur Wirtschaftsstruktur in Deutschland deutlich überrepräsentiert zu sein (siehe Infobox 2).

Mittelstand? Fehlanzeige!

Obwohl der Begriff Familienunternehmen oft mit dem Mittelstand assoziiert wird, vertritt die Stiftung Familienunternehmen eine ganz andere Gruppe. Unter ihrem Namen sind vor allem Großunternehmen und Konzerne versammelt, die aus gängigen Mittelstandsdefinitionen herausfallen.

Auch wenn Akteure wie die SFU suggerieren, dass der Begriff des unternehmerischen Mittelstands breit ausgelegt werden könnte, gibt es eindeutige lexikalische und statistische Konventionen. Im Duden wird Mittelstand als die „Gesamtheit der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Selbstständigen“ definiert.²² Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes sind kleine und mittlere Unternehmen solche mit weniger als 50 Millionen Euro Jahresumsatz und weniger als 250 Beschäftigten. Auch die EU stuft Unternehmen unter dieser Umsatzschwelle als mittelständisch ein. Ebenso findet sich diese Definition auch im Gabler Wirtschaftslexikon. Sie machen 99,3 Prozent aller Unternehmen in Deutschland aus. Die übrigen 0,7 Prozent der Unternehmen gelten als Großunternehmen. (vgl. Abbildung 1, oben)²³

Neben diesen lexikalischen und statistischen Konventionen werden in Einzelfällen auch größere Unternehmen zum Mittelstand gezählt, sofern sie eigen tümer- oder inhabergeführt sind – und die Eigentümer bzw. Inhaber damit z. B. auch die persönliche Haftung tragen.

Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) definiert den Mittelstand durch eine Einheit von Eigentum und Leitung – unabhängig von der Größe des Unternehmens: Bis zu zwei natürliche Personen oder ihre Familienangehörigen halten die Mehrheit der Anteile am Unternehmen und gehören gleichzeitig der Geschäftsführung an. Das IfM hat somit ein breites Verständnis von mittelständischen Familienunternehmen, bei dem die Größe bei inhabergeführten Unternehmen keine Rolle spielt.^A

^A In diesen Definitionen bleibt zudem auch die Frage der persönlichen Haftung unberücksichtigt – ein historisches Merkmal des originären Familienunternehmers, wie der persönlich haftende Unternehmer Wolfgang Grupp hervorhebt. (Vgl. hierzu u.a. Wolfgang Grupp, zitiert in Legal Tribune Online (2024): Schadet die Haftungsbeschränkung dem Unternehmertum?). Gerade im Kontext der starken Prägung durch den deutschen Ordoliberalismus, in deren Tradition sich Familienunternehmer gerne sehen und der das Prinzip der Haftung als zentrales konstituierendes Element der Sozialen Marktwirtschaft definiert, ist diese Ausblendung des Merkmals in den Definitionen erstaunlich.

Der Club der Superreichen: Fast ein Drittel der zugeordneten Familien sind Milliardärsdynastien

Hinter den Großunternehmen aus dem Netzwerk der SFU stehen **mindestens 82 Milliardärsfamilien**. Das betrifft 30 Prozent der zugeordneten Unternehmen. Darüber hinaus konnten wir die drei reichsten deutschen Milliardärsdynastien (Dieter Schwarz, Familiendynastie Stefan Quandt/Familiendynastie Susanne Klatten, Familiendynastie Merck) dem Netzwerk der SFU zuordnen. Allein diese drei Dynastien vereinen ein geschätztes

Vermögen von 112 Milliarden Euro.¹⁸ Das ist fast so viel wie das BIP der gesamten Slowakei¹⁹ und fast doppelt so viel wie das BIP von Slowenien²⁰.

Mehr als die Hälfte (139) der zugeordneten Familien besitzen ein geschätztes Vermögen von jeweils mindestens 400 Millionen Euro. Legt man einen Schwellenwert von 100 Millionen Euro Mindestvermögen zugrunde, sind es sogar drei Viertel (196) der Familien. 37 der dem SFU-Netzwerk zugeordneten Familien gehören zu den 100 reichsten Deutschen.²¹

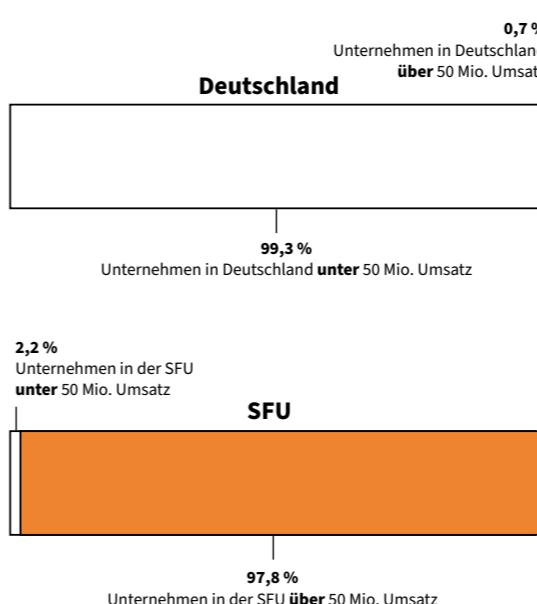


Abbildung 1 Oben: Verteilung von kleinen und mittleren Unternehmen (< 50 Mio. Umsatz, weiß) und Großunternehmen (> 50 Mio. Umsatz, orange) in Deutschland. Unten: Verteilung dieser Unternehmensgrößen im Netzwerk der SFU zugeordneten Unternehmen wo ein Umsatz der Unternehmen verfügbar ist.

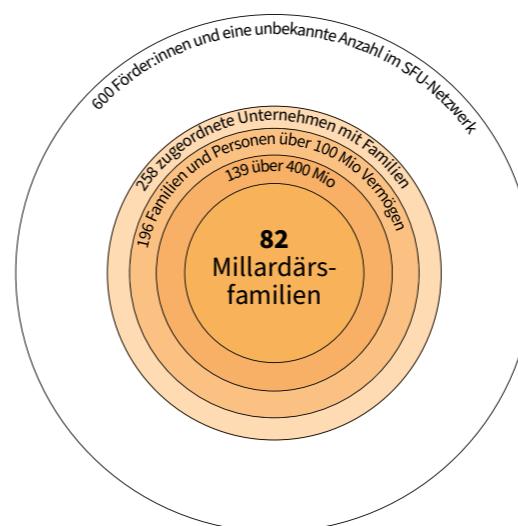


Abbildung 2: Übersicht der dem SFU-Netzwerk zugeordneten Milliardärsfamilien und Superreichen.

Assozierte Milliardärsdynastie	Vermögens-schätzung in Mrd. €	Zugehöriges Unternehmen
1 Schwarz	43,7	Schwarz Gruppe
2 Klatten und Quandt	34,4	BMW AG
3 Merck	33,8	Merck KGaA
4 Henkel	24,6	Henkel AG & Co. KGaA
5 Viessmann	14,5	Viessmann*
6 Würth	13,1	Adolf Würth GmbH & Co KG
7 Knauf	11,8	Gebr. Knauf KG
8 Mohn	7,5	Bertelsmann SE & Co. KGaA
9 Braun	7	B. Braun Holding GmbH & Co. KG
10 Stihl	6,8	Stihl Holding AG & Co. KG
11 Werner und Lehmann	6,3	dm-drogerie markt Verwaltungs-GmbH
12 Finck	6	Merck Finck & Co.*
13 Freudenberg	5,5	Freudenberg SE
14 Miele, Zinkann	5,2	Miele & Cie. KG
15 Meister	5,2	Rational AG
16 Haub	4,8	Tengelmann Warenhandelsgesellschaft KG
17 Deichmann	4,8	Deichmann SE
18 Oetker	4,7	Dr. August Oetker KG
19 Loh	4,7	Friedhelm Loh Stiftung & Co. KG
20 Hueck	4,7	Hella GmbH & Co. KG*

Tabelle 2: Die reichsten Milliardärsfamilien aus dem Netzwerk der SFU

* Unternehmen oder ein großer Teil des Unternehmens wurden verkauft
Die Vermögensangaben sind Schätzungen aus dem Manager Magazin.²⁴

Die gesamte Liste der dem Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen zugeordneten Akteure veröffentlichen wir im Greenpeace Datenportal.²⁵

1.2. Methodik zur Zuordnung des SFU-Netzwerks

Quellenbasis und Kriterien für die Zuordnung:

Unsere Analyse stützt sich auf öffentlich zugängliche Dokumente, uns vorliegende interne Unterlagen, vertrauliche Gespräche mit Insider:innen sowie ausgewertetes Archiv- und Bildmaterial.

Im ersten Schritt, ordnen wir ein Unternehmen oder eine Person dem Netzwerk der Stiftung zu, wenn mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllt ist:

Im Fall von Unternehmen bei...

1. Nennung als Förderer in internen Dokumenten, Insider:innen-Gesprächen, Broschüren oder Medienbeiträgen.
2. Nennung als durch ein aktuelles oder ehemaliges Kuratoriumsmitglied repräsentiertes Unternehmen.
3. Mitwirkung in SFU/SFUP-Arbeitsgruppen.

Im Fall von Personen bei...

4. Öffentliche Selbstbezeichnung als Mitglied oder Förderer der SFU oder SFUP.
5. Einladung zu internen Veranstaltungen.
6. Verfassen von Beiträgen in internen Dokumenten der SFU oder SFUP; prominente Darstellung in internen Dokumenten.
7. Mitgliedschaft im aktuellen oder ehemaligen Kuratorium.

Im Fall von Person und Unternehmen bei...

8. Unterstützung der Medienarbeit der SFU, z.B. durch Veröffentlichung eines sog. „Unternehmer-Standpunkts“ auf der Webseite der SFU oder SFUP, oder als Zitat- und Bildgeber:in auf den Social-Media-Kanälen der SFU oder SFUP.
9. Teil von SFU/SFUP-Lobbydelegationen.

In einem zweiten Schritt ordnen wir (a) neben einem im ersten Schritt zugeordneten Unternehmen auch die assoziierte Familie zu, die hinter dem Unternehmen steht (z.B. Gesellschafterfamilie oder Gründerfamilie) oder (b) einer im ersten Schritt zugeordneten Person auch ein mit dieser Person assoziiertes Unternehmen zu, sowie die Familie, die hinter dem Unternehmen steht.

A Die Stiftung Familienunternehmen und Politik (SFUP) ist seit 2021 der Lobbyarm der Stiftung Familienunternehmen. Mehr dazu in Kapitel 2: Hinter der gemeinnützigen Fassade.

Eine Nennung in der Liste bedeutet daher nicht zwingend, dass das Unternehmen oder die Person bzw. Familie jeweils selbst direkt die SFU unterstützt, sondern nur, dass wir aufgrund der vorgenannten Schritte von einer zumindest mittelbaren Verbindung und einem ideellen Näheverhältnis ausgehen.

Im Fall von BMW ist die Verbindung zum Unternehmen nicht offen ausgewiesen. Interne Unterlagen listen das „Günther-Quandt-Haus“ als Mitglied in SFU/SFUP-Arbeitskreisen; dort sitzt das Single-Family-Office sowie die Beteiligungsgesellschaften von Stefan Quandt und Susanne Klatten, über die sie als Großaktionäre ihre BMW-Anteile halten²⁶. Wir gehen daher auch hier von zumindest mittelbaren Verbindungen und einem ideellen Näheverhältnis aus und ordnen die Familie Quandt-Klatten und in der Folge auch BMW dem Netzwerk zu.

Politiker:innen, Wissenschaftler:innen, Beamt:innen etc. werden nicht als Teil des Netzwerks gelistet, da der Fokus auf nahestehenden Unternehmen und den dahinterstehenden Familien liegt.

Zeitraum und Stand: Unsere Recherche und die Zuordnung von Akteuren zum Netzwerk der SFU beziehen sich auf den Zeitraum von 2010 bis 2025. In unsere Analyse wird aufgenommen, wer aktuell die oben genannten Kriterien erfüllt oder sie in diesem Zeitraum erfüllt hat. So konnten wir dem Netzwerk der SFU 258 Unternehmen mit den dahinterstehenden Familien zuordnen.

Die vollständige Liste der zugeordneten Namen ist im Greenpeace-Datenportal abrufbar. Hinweise auf Fehler, Änderungen oder Ergänzungen können Sie über unser Hinweisportal einreichen: greenpeace.de.

Analyse: Die dem Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen zugeordneten Unternehmen vertreten besonders klimaschädliche Branchen

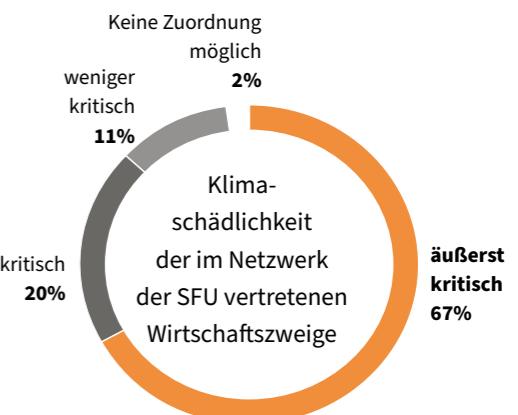
Um die Interessenlage der Stiftung verstehen und aus Umweltsicht besser einordnen zu können, haben wir die dem Netzwerk der SFU zugeordneten Unternehmen auf ihre Klimaschädlichkeit hin untersucht. Dafür haben wir sie jeweils einem der 19 Wirtschaftszweige der EU-weit standardisierten Klassifikation von Wirtschaftszweigen (NACE) zugeordnet.

Die Klimaschädlichkeit der Wirtschaftszweige wurde anhand verschiedener Kriterien bewertet. Dabei wurden sowohl ihre absoluten als auch ihre relativen Emissionen berücksichtigt (eine detaillierte Beschreibung unserer Methode befindet sich im Anhang).

Unsere Analyse der dem Netzwerk der SFU zugeordneten Unternehmen zeigt:

- **67 Prozent** der von uns zugeordneten Unternehmen gehören Wirtschaftszweigen an, deren Klima- und Umweltschädlichkeit aufgrund sehr hoher Treibhausgasemissionen laut unserer Analyse als „äußerst kritisch“ zu beurteilen ist. Das verarbeitende Gewerbe, den Bergbau, die Energieversorgung und Logistik ordnen wir dieser Kategorie zu.
- **20 Prozent** gehören laut unserer Analyse Wirtschaftszweigen an, die aus Umwelt- und Klimasicht einen hohen Handlungsbedarf aufweisen und im Kontext der Klimaziele als „kritisch“ zu beurteilen sind. Dazu zählen wir die Abfall- und Wasserversorgung, das Baugewerbe, den Handel, das Wohnungs- und Finanzwesen.
- **11 Prozent** sind im Hinblick auf ihre Klimaschädlichkeit „weniger kritischen“ Wirtschaftszweigen wie etwa dem Gastgewerbe oder dem IT, Kommunikations- und Verlagswesen zuzuordnen.

Insbesondere das emissionsintensive verarbeitende Gewerbe scheint in der SFU deutlich überrepräsentiert zu sein, wenn man dessen Anteil im von uns zugeordneten Netzwerk der Stiftung mit dem Anteil



der Branche in Deutschland vergleicht. So machen die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes rund 64 Prozent der Unternehmen im Netzwerk der SFU aus, gegenüber 6 Prozent in Deutschland. Der Dienstleistungssektor mit zukunftsträchtigen Bereichen wie Technologie, Gesundheit oder Bildung scheint in der SFU hingegen stark unterrepräsentiert.

Die 258 von uns zugeordneten Unternehmen bilden keine repräsentative Stichprobe des Netzwerkes der SFU. Wir halten das Ergebnis aber aufgrund der hohen Zahl für eine belastbare Indikation.

Die von uns recherchierten Unternehmen legen den Verdacht nahe, dass im Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen klimaschädliche Wirtschaftszweige dominieren, deren Geschäftsmodell aufgrund ihrer Klimaschädlichkeit teils existenziell gefährdet ist bzw. eine grundlegende Transformation erfordert. Darunter fallen beispielsweise Chemie-, Pharma- und Autokonzerne oder Zulieferer für Verbrennermotoren. Diese Schieflage könnte erklären, warum sich die Stiftung Familienunternehmen gegen Klima- und Umweltschutzvorgaben und entsprechende Berichtspflichten einsetzt (vgl. Kapitel 3.2). Dies geht zu Lasten von Gemeinwohlinteressen.

2. Hinter der gemeinnützigen Fassade: Millionen für Partikularinteressen



Die Stiftung Familienunternehmen präsentiert sich als treibende Kraft für Wissenschaft und Forschung, doch interne Dokumente offenbaren noch weitere Ziele und Aktivitäten.

Vordergründig präsentiert sich die Stiftung Familienunternehmen als treibende Kraft für Wissenschaft und Forschung: Auf ihrer Webseite röhmt sie sich als „bedeutendste[r] Forschungsförderer zum Thema Familienunternehmen in Deutschland und Europa.“²⁷ Gemäß ihrer Satzung verfolgt die SFU ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke, nämlich die Förderung, Information, Bildung und Erziehung sowie den wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch im Bereich des Familienunternehmertums in Europa.^{28 A}

Doch interne Dokumente aus dem Jahr 2024 zeigen, dass die „politische Tätigkeit“ und „Gegenleistungen“ für Unternehmen einen ebenso großen Anteil der Aktivitäten der Stiftung ausmachen, allerdings durch die Schwesterorganisation – die Stiftung Familienunternehmen und Politik (siehe Abbildung 3.1). Wichtige Ziele der beiden Stiftung bestehen darin, ein aus ihrer Sicht „angemessenes Bild von Familienunternehmen“ zu vermitteln und „existenzielle Probleme der Familienunternehmen auch gegenüber der Politik“ zu lösen (siehe Abbildung 3.2). Dabei konzentrieren sie sich nicht auf die kleinen Familienbetriebe von nebenan, sondern auf Großunternehmen mit einem Umsatz von über 50 Millionen Euro (Abbildung 3.3). Die zu lösenden Herausforderungen dieser Unternehmen werden zum Beispiel in der „Erbshaftsteuer“, der „Vermögensteuer“ und der „Wegzugsbesteuerung“ gesehen.²⁹ Die Stiftung Familienunternehmen und Politik fungiert seit 2021 als Lobbyarm³⁰ und wurde laut eigenen Angaben gegründet, um eine mögliche Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Stiftung Familienunternehmen aufgrund ihrer politischen Arbeit zu verhindern.³¹

Während die Stiftung die Unabhängigkeit der SFUP betont^B, zeigen die internen Dokumente aus dem Jahr 2024, wie eng die beiden Organisationen weiterhin verwoben sind und wie sie gemeinsame Ziele verfolgen (vgl. Abbildung 3.3). Dies zeigt sich auch durch die starken personellen Überschneidungen in den hohen Ämtern beider Stiftungen: Stiftungsvorstand, Geschäftsführung

A Die Satzungszwecke lassen sich als Teil der Strategie der SFU verstehen, den Begriff Familienunternehmen in ihrem Sinne gezielt zu besetzen und zu platzieren (mehr dazu siehe Kapitel 3).

B Im Transparenzregister der EU steht beispielsweise „Als selbständig rechtliche Einheit ist die Stiftung Familienunternehmen und Politik zu unterscheiden von und nicht zu verwechseln mit der Stiftung Familienunternehmen.“

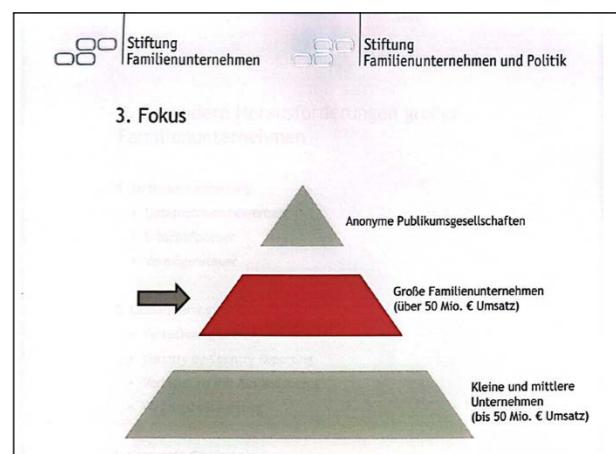
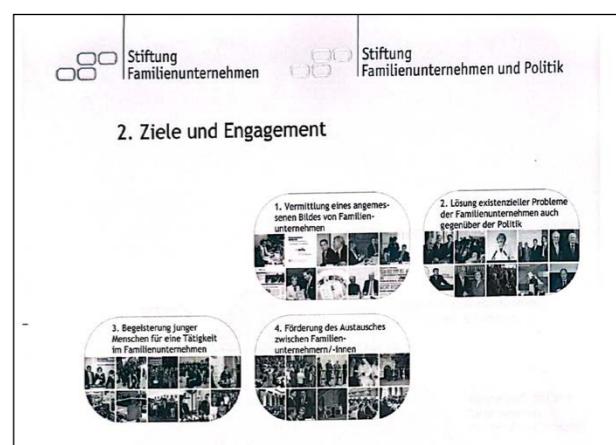


Abbildung 3.1-3: Ein internes Dokument der Stiftung aus dem Jahr 2024 zeigt das Zusammenwirken der beiden Stiftungen (3.1), die Ziele (3.2) und den Fokus auf Großunternehmen (3.3).



Abbildung 4: Auszug aus einem Privatdruck der SFU aus dem Jahr 2014 zeigt den Sitz der Stiftung (links). Das gleiche Foto wird auch auf der Webseite der Kanzlei verwendet (rechts, hennerkes.de).

Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz

Rechtsanwälte • Steuerberater



und Kuratorium sind für beide Entitäten gleich. Das Kuratorium fungiert als eine Art Aufsichtsrat und besteht hauptsächlich aus Vertreter:innen von Großunternehmen und teils hochrangigen ehemaligen CDU/CSU-Politikern.³²

Seit ihrer Gründung ist die Stiftung Familienunternehmen stetig gewachsen und verfügt zusammen mit der SFUP heute über vier repräsentative Standorte, von denen drei in einem internen Dokument von 2014 stolz als Exekutive, Legislative und Judikative bezeichnet werden. Im als „Judikative“ bezeichneten Hauptsitz sitzen Gründer und Vorstand.³³ Die Adresse in Stuttgart – eine repräsentative Villa im Fachwerkstil – ist zugleich Sitz der Rechtsanwalts- und Steuerkanzlei Hennerkes, Kirchdörfer und Lorz, die auf die Beratung von Großunternehmen und vermögenden Unternehmerfamilien spezialisiert ist (siehe Abbildung 4).³⁴ Die Nähe zu dieser Kanzlei ist nicht nur geografisch: Der Gründer und ehemalige Vorstand der SFU, Brun-Hagen Hennerkes, sowie der aktuelle Vorstand der SFU, Rainer Kirchdörfer, sind Seniorpartner der Kanzlei.³⁵ Auch eine deutliche inhaltliche Nähe zu den Zielen der Stiftung ist gegeben, denn die Kanzlei verfolgt laut eigenen Angaben einen „ganzheitlichen Beratungsansatz, der die Familie, das Unternehmen und das Privatvermögen umfasst und dabei rechtliche, steuerliche sowie betriebswirtschaftliche Aspekte gleichermaßen berücksichtigt“.³⁶ Ziele der Beratung sind „[d]er Erhalt des Familienfriedens, die Schaffung eines fairen Ausgleichs

unterschiedlicher Interessen im Familienunternehmen, die Wahrung der Unternehmenskontinuität sowie die langfristige Sicherung des Familienvermögens“.³⁷

Das Münchner Büro ist die „Exekutive“. Hier haben die meisten Beschäftigten ihr Büro und erledigen das Tagesgeschäft. Im Regierungsviertel von Berlin kümmert sich die „Legislative“ um die Lobbyarbeit³⁸. Wenige Meter entfernt befinden sich Kanzleramt und Bundestag, wo deutsche Gesetze entstehen. Seit 2021 gibt es ebenfalls eine Niederlassung in Brüssel, wo die Lobbyaktivitäten auf EU-Ebene stattfinden.³⁹

Die repräsentativen Anwesen deuten bereits auf die finanzielle Schlagkraft der Stiftung Familienunternehmen hin. Ein Teil der Stiftung finanziert sich über Zuwendungen von Förderer:innen,⁴⁰ die Finanzen werden aber nicht offengelegt. Aus Gesprächen mit Insider:innen und internen Dokumenten haben wir erfahren, dass die jährliche Mindestspende für Förderer:innen bei 13.000 Euro pro Jahr liegt. Die Spendenbeträge werden für jedes fördernde Unternehmen individuell festgelegt. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit einmaliger Förderbeiträge. Von den Fördersummen werden beispielsweise die Gehälter der 25 Stiftungsmitarbeitenden gezahlt, Auftragsstudien vergeben, das Doktorand:innenprogramm der Stiftung finanziert, und wissenschaftliche Institute finanziell unterstützt, die gezielt zum Familienunternehmertum



Abbildung 5: In einem Instagram-Post der SFU verteidigt Beiratsmitglied Udo Di Fabio die Vermögensungleichheit in Deutschland, indem er den Wohlstand einer Minderheit als Motor für den allgemeinen Wohlstand darstellt.

forschen. Möglicherweise fließen auch Aufwandsentschädigungen oder Vergütungen an Mitglieder der Stiftungsgremien wie dem Kuratorium oder dem wissenschaftlichen Beirat.⁴¹

Der wissenschaftliche Beirat ist entscheidend für die Außenwirkung der Stiftung Familienunternehmen. Die Stiftung Familienunternehmen hat etwa den ehemaligen Verfassungsrichter Udo Di Fabio und die bekannten Volkswirte Gabriel Felbermayr, Clemens Fuest und Hans-Werner Sinn für sich gewonnen.⁴² Letztere gehören laut FAZ-Ökonomenranking⁴³ zu den einflussreichsten Ökonom:innen: Clemens Fuest leitet das ifo Institut, eines der einflussreichsten Wirtschaftsforschungsinstitute Deutschlands, das in der wirtschaftspolitischen Debatte durch Gutachten für Regierung und Ministerien und die SFU selbst eine zentrale Rolle spielt. Er ist zugleich Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesfinanzministeriums und hat damit wesentlichen Einfluss auf Positionen und Entscheidungen der Regierung in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik.⁴⁴ Auch Fuests Vorgänger, Hans-Werner Sinn, gehört dem Beirat der Stiftung an. Er berät zusammen mit Beiratsmitglied Gabriel Felbermayr parallel das Bundeswirtschaftsministerium im Wissenschaftlichen Beirat des Ministeriums.⁴⁵

Die prominenten Beiratsmitglieder treten regelmäßig in sozialen Medien und auf Veranstaltungen für die Stiftung auf (vgl. Abbildung 5).⁴⁶ Sie haben in den vergangenen fünf Jahren zahlreiche Publikationen der SFU (mit) verfasst.⁴ Sie betreiben Öffentlichkeitsarbeit für die Stiftung und sichern ihr Sichtbarkeit – im öffentlichen Diskurs und bei politischen Entscheidungsträger:innen. Die prominenten Beiratsmitglieder verleihen der Stiftung einen wissenschaftlichen Anschein, um ihre Partikularinteressen durchzusetzen.

Die SFUP finanziert sich hingegen nicht über Spenden, sondern über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen.⁴⁷ Diese werden individuell verhandelt, haben aber ebenfalls einen Mindestumfang von 13.000 Euro pro Jahr. Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der SFUP umfassen die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.⁴⁸ Dazu organisiert sie zum Beispiel Veranstaltungen, Vernetzungsreisen und Kommunikationskampagnen, um die Sichtbarkeit und den Einfluss ihrer Klient:innen zu erhöhen.

Abbildung 6

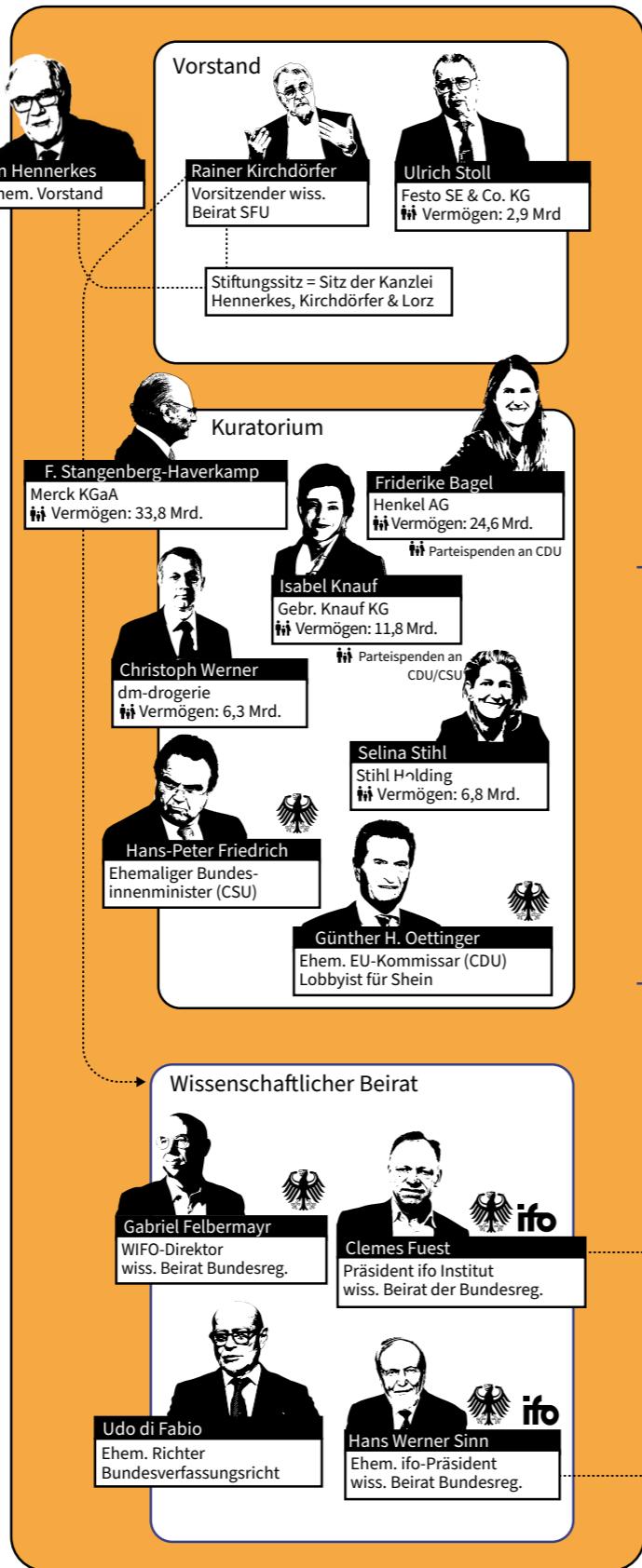
Stiftung Familienunternehmen und Stiftung Familienunternehmen Politik

Das Zusammenspiel der verschiedenen Teile des Stiftungskomplexes

NETZWERK & FÖRDERER ➡



AUFBAU & VERBINDUNGEN ➡



METHODEN & EINFLUSSBEREICHE ➡

Lobbyarbeit

- Briefe an Politiker:innen**
z.B. für einen Stopp des Lieferkettengesetzes
- Exklusive Events**
z.B. Tag des Familienunternehmens 2025 mit u.a.: Wirtschaftsmin. Katharina Reiche (CDU), Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU), Franziska Brantner (Grüne)
- Treffen mit Reg. Mitgliedern**
z.B. Angela Merkel, div. Minister- & Staatssekretär:innen
- Stellungnahmen zu Gesetzen**
z.B. Abschaffung der Erbschaftssteuer und von Klimaschutzvorgaben

PR und Kampagnen

- Events an Journalistenschulen**
z.B. mit Kölner Journalistenschule, Axel-Springer Journalistenschule, Deutsche Journalistenschule
- Framing**
Weltkonzerne als "Familienunternehmen" umetikettieren
- Medienpartnerschaften**
z.B. mit Focus Online gegen Nachhaltigkeitsrichtlinien
- Alarmistische Kampagnen**
z.B. "SOS Wirtschaftswarntag" mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Auftragsstudien

- Länderindex**
Kritik: Ausschließlich Großunternehmen betrachtet; methodisch verzerrt durch überproportionale Gewichtung von (Erbschaft-)Steuern
- Gerechtigkeitsindex**
Kritik: Ignoriert Vermögensungleichheit, suggestive Befragung

Forschungsinstitute

- Ifo-Institut (ifo)
- Institut für FU, Zeppelin Uni Friedrichshafen
- Institut für FU, Ostwestfalen Lippe
- Wittener Institut für Familienunternehmen
- Institut für FU, Universität Bayreuth

THEMEN & ZIELE

Steuerprivilegien für Superreiche

- Erbschaftsteuer abschaffen**
Die SFU will durchsetzen, dass selbst Milliardenvermögen grundsätzlich steuerfrei vererbt werden können.

- Vermögenssteuer verhindern**
Eine Wiedereinführung der seit 1997 ausgesetzten Vermögensteuer versucht sie dauerhaft zu verhindern.

- Wegzugssteuer**
Die SFU kämpft für eine Aufweichung der aktuellen Wegzugsbesteuerung, was Steuerflucht ins Ausland erleichtern würde.

- Unternehmenssteuer senken**
Die SFU fordert die Senkung von Unternehmenssteuern. So lassen sich die effektiven Steuersätze von Superreichen deutlich verringern

Klimaschutz ausbremsen, Sorgfaltspflichten abschaffen

- Lieferkettengesetz stoppen**
Die SFU fordert, das deutsche und EU-Lieferkettengesetz abzuschaffen. Klimaschutzpläne für Unternehmen will sie streichen.

- EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung abschwächen**
Die SFU drängt darauf, umwelt- bezogene Transparenzpflichten für Unternehmen massiv abzuschwächen.

3. Gezielte Diskurslenkung und Lobbyarbeit gegen das Gemeinwohl



Ziele der SFU

Vermögensbesteuerung verhindern, Klima- und Umweltschutzvorgaben für große Unternehmen ausbremsen

Aufnahme vom Tag des Familienunternehmens 2015 im Hotel Adlon

Die Stiftung Familienunternehmen – zusammen mit der Stiftung Familienunternehmen und Politik (SFUP) – verfolgt ein klares Ziel: Sie will die politische Debatte nach ihren Vorstellungen formen und Gesetze dahingehend beeinflussen. Im Zentrum steht dabei, die Besteuerung großer Vermögen zu verhindern, sowie Klima- und Umweltschutzvorgaben für große Unternehmen auszubremsen.

Ihre Strategie ruht auf zwei Säulen: gezielte Diskurslenkung und intensive Lobby- und Kampagnenarbeit.^A

Die Diskurslenkung zeigt sich besonders am Begriff „Familienunternehmen“, um den die gesamte Arbeit der Stiftung kreist. Unsere Recherchen belegen, dass die Stiftung diesen Begriff gezielt in die wissenschaftliche und mediale Debatte einbringt, um den oft synonym verwendeten Begriff „Mittelstand“ zu ersetzen. Im Gegensatz zu gängigen Definitionen (vgl. Infobox 1), definiert die Stiftung den Begriff „Familienunternehmen“ dabei deutlich weiter – nämlich so, dass auch Großunternehmen und börsennotierte Konzerne darunter fallen, bei denen keine enge Einheit von Eigentum und Leitung besteht.⁴⁹

Die Stiftung Familienunternehmen bezeichnet auch jene Unternehmen als „Familienunternehmen“, bei denen die Familie nicht mehr operativ im Unternehmen tätig ist, sondern ihren Einfluss über indirekte Entscheidungsrechte oder Aufsichtsratspositionen ausübt: Nach ihrer Definition gelten Unternehmen „beliebiger Größe“ als Familienunternehmen, wenn die Mehrheit der Entscheidungsrechte (direkt oder indirekt) bei einer oder mehreren natürlichen Personen bzw. deren Familienangehörigen liegt und/oder „mindestens ein Vertreter der Familie oder der Angehörigen offiziell an der Leitung bzw. Kontrolle des Unternehmens beteiligt“ ist. Bei börsennotierten Unternehmen reicht aus, dass Personen aus der Familie mindestens 25 Prozent der Unternehmensanteile halten. So fallen auch Unternehmen in die Definition, bei denen die Familie über eine Holding nur noch indirekt Kontrolle ausübt. Oder Großkonzerne, die an der Börse gehandelt werden, und bei denen schwerreichen Familiendynastien lediglich die Rolle von Finanzinvestoren zukommt, da sie über Beteiligungsgesellschaften ein Portfolio an Unternehmensbeteiligungen

^A Die Stiftung Familienunternehmen und Politik verwendet den Begriff „Kampagnen“ intern selbst zur Beschreibung ihrer Arbeit. In einem internen Schreiben von 2015 an ihre Förderer schreibt sie: „Dieser Fokus gibt Einblicke in die Diskussionen am Tag des Familienunternehmens und informiert über unsere Kampagnen.“ Darin kommt u.a. die „Das kann weg“-Medienkooperation mit u.a. Focus Online vor (vgl. Kapitel 3.2.).

halten. Börsennotierte Konzerne wie BMW oder weltweit agierende Handelsriesen wie Lidl werden so zu wohlklgenden „Familienunternehmen“ umetikettiert.

Mit ihrer Verwendung des positiv besetzten Begriffes „Familienunternehmen“ lobbyiert die Stiftung also geschickt im Sinne milliardenschwerer Unternehmen – wobei die positiven Assoziationen und der Anschein des Mittelstandes erhalten bleiben. Ein Täuschungsmanöver.

Um die Kategorie des „Familienunternehmens“ (entsprechend ihrer Auslegung) in die Wissenschaft und den medialen Diskurs einzubringen, veröffentlicht die Stiftung zahlreiche Auftragsstudien, Gutachten und Kompendien.⁵⁰ In vielen der Publikationen spielen Familienunternehmen entsprechend der Stiftungs-Definition eine zentrale Rolle oder werden als Analysekategorie verwendet.⁵¹ Außerdem finanziert die Stiftung wissenschaftliche Forschungsinstitute zum „Unternehmenstyp Familienunternehmen“. Einige dieser Institute hat sie sogar selbst initiiert.⁵²

Für die Diskursverschiebung in ihrem Sinne nimmt die Stiftung außerdem gezielt Einfluss auf die Ausbildung von Nachwuchsjournalist:innen (Abbildung 7). Internen Dokumenten zufolge organisiert sie seit 2005 „spezielle Veranstaltungen“ mit „führenden deutschen Journalistenschulen“: Mit der Axel-Springer-Akademie in Berlin und der Deutschen Journalistenschule in München, mit der Journalistenschule des Bayerischen Rundfunks, der Kölner Journalistenschule und der Georg-von-Holtzbrink-Schule für Wirtschaftsjournalisten.⁵³ Laut interner



Abbildung 7: Ein Auszug aus einem Privatdruck der SFU aus dem Jahr 2014 mit der Bildunterschrift: „Teilnehmer der aktuellen Lehr-Redaktion der Deutschen Journalistenschule bei einem Besuch bei dem Familienunternehmen IWIS in München, Juni 2014.“

Dokumente besteht ihr Ziel darin, den journalistischen Nachwuchs „für die besonderen Belange der Familienunternehmen zu sensibilisieren (...), um in der Öffentlichkeit eine ausgewogene Wahrnehmung zwischen großen Publikumsgesellschaften und Familienunternehmen zu ermöglichen.“⁵⁴

Diese langfristige Strategie scheint aufzugehen. In internen Dokumenten berichtet die SFU knapp zehn Jahre nach Beginn der Initiative über die „eindeutigen Erfolge dieser Initiative“. Diese bemisst sie daran, wie häufig in den Medien über den Unternehmenstypus Familienunternehmen berichtet wird und ob der Begriff Familienunternehmen dabei – entsprechend ihrer eigenen Definition – in Abgrenzung zum Mittelstandsbe- griff verwendet wird:

„Familienunternehmen sind in der Deutschen Medienlandschaft präsenter denn je. Mittlerweile hat im Printbereich nahezu jeder Wirtschaftstitel eine regelmäßige Berichterstattung über Familienunternehmen. Viele Verlage haben diesem wichtigen Unternehmens- typus eine eigene Seite, eine regelmäßig erscheinende Kolumne oder eine besondere Beilage gewidmet. Einige Familienunternehmen, insbesondere die größeren, sind in den vergangenen Jahren aus dem Medienschatten der großen Dax-Konzerne herausgetreten. **Ein weiterer Indikator für die gestiegerte Wahrnehmung des Familienunternehmens ist, dass Mittelstand und**

Familienunternehmen nicht mehr automatisch als Synonym gebraucht werden, sondern der Begriff ‘Familienunternehmen’ als solcher immer häufiger den Begriff ‘Mittelstand’ ersetzt.⁵⁵ (Hervorhebung durch Greenpeace)

Erscheinen dagegen Medienberichte, die nicht im Sinne ihres Klientels sind, geht die SFUP dagegen vor (siehe Infobox 3).

Neben den Bemühungen, den Begriff des Familienunternehmens strategisch in der öffentlichen Debatte zu platzieren, betreibt die Stiftung Familienunternehmen und Politik gezielt Lobby- und Kampagnenarbeit, um konkrete Gesetze zu beeinflussen. Allein in den Jahren 2022 bis 2024 investierte sie mehr als 6,2 Millionen Euro in Lobbyarbeit in Deutschland sowie mehr als eine Million Euro in der EU.⁵⁶ Nur 59 andere Organisationen in Deutschland geben laut Lobbyregister ähnlich hohe Beträge für Lobbyarbeit im deutschen Bundestag aus. Damit gehört die Stiftung Familienunternehmen und Politik zum einen Prozent der finanziell am besten ausgestatteten Lobbyakteure in Deutschland.⁵⁷ Hinzu kommen Parteispenden in Millionenhöhe, die aus dem Netzwerk der SFU an Parteien fließen – vornehmlich an die CDU (siehe Infobox 4).

Die Lobbyist:innen der SFUP sind politisch bestens vernetzt – in Deutschland und international (siehe

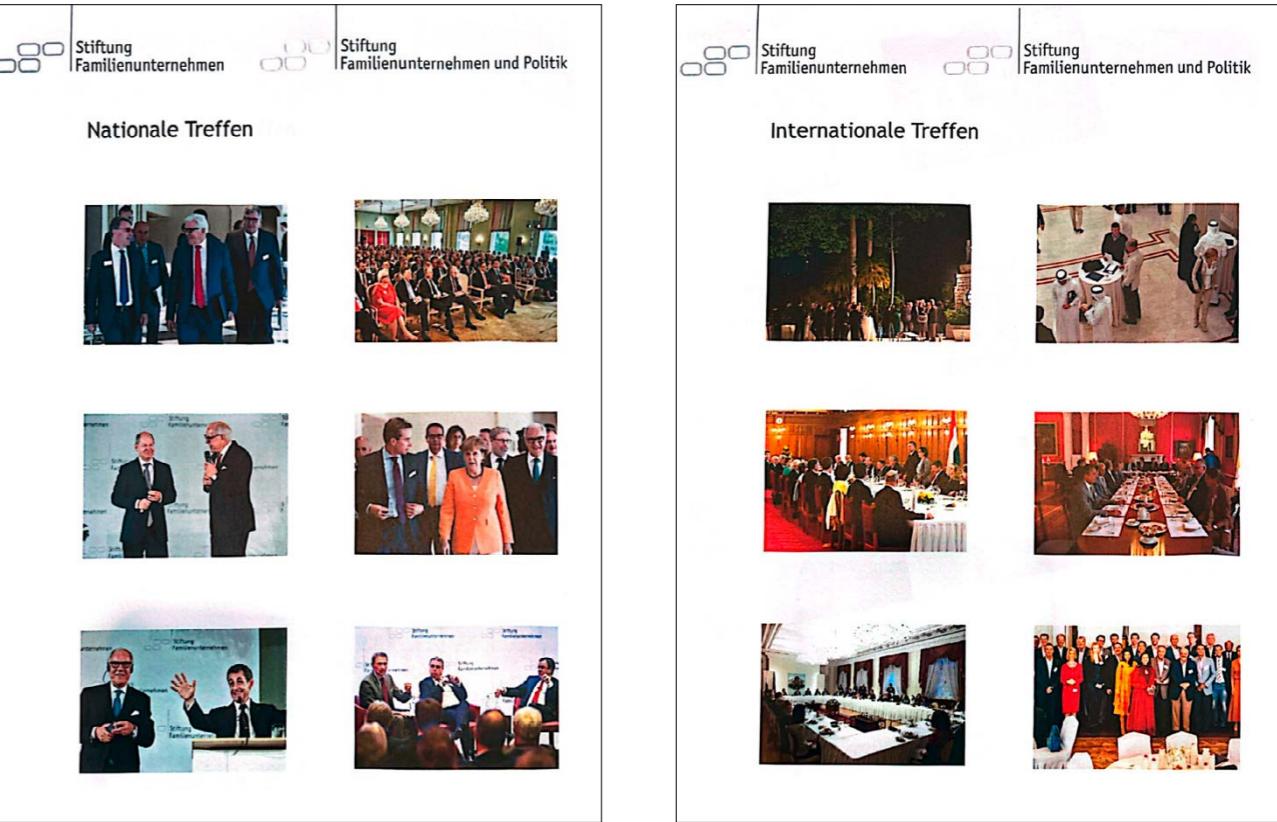


Abbildung 8: In Deutschland und international bis in höchste Regierungskreise vernetzt. Links: Treffen der SFU/SFUP mit u.a. Olaf Scholz, Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier Rechts: Treffen in internationalen Kreisen. Auszüge aus einem internen Dokument der SFU aus dem Jahr 2024.

Druck gegen unliebsame Medienberichte

Mit Investitionen in Journalistenschulen und Medienpartnerschaften verfolgt die Stiftung das klare Ziel, die Berichterstattung im Sinne ihres hochvermögenden Klientels geschickt zu beeinflussen. Gegen unliebsame Berichterstattung geht die Stiftung entsprechend vor – mit Erfolg. Ein mahnendes Beispiel dafür liefert der Fall um den YouTube-Beitrag „Steuerparadies Deutschland? So viel kosten uns die Reichen“⁵⁸, der im November 2024 von ZDFheute veröffentlicht wurde. Der Beitrag berichtete mit aktuellen Fakten und Analysen über die Steuerprivilegien und Steuertricks der Superreichen. In einem

Infobox 3

empörten Brief⁶⁰ beschwerte sich SFUP-Vorstand Rainer Kirchdörfer bei der Vorsitzenden des ZDF-Fernsehrats, Gerda Hasselfeldt. Er bezeichnete die Inhalte und Machart des Videos als „suggestiv und manipulativ“ und setzte seinerseits althergebrachte Steuerythen entgegen. Der Sender reagierte prompt⁶¹ und löschte schließlich das Video auf seinen Kanälen. Dieser Vorgang zeigt eindrücklich, welcher Druck auf Medien ausgeübt wird, wenn deren Darstellung den Interessen und der Eigenwahrnehmung von Wirtschaftslobbygruppen widerspricht.

Abbildung 8). Mehrere waren zuvor in Bundestagsbüros und Fraktionen von CDU/CSU und FDP sowie in Bundesministerien tätig. Ihr Netzwerk sichert ihnen direkten Zugang zu Entscheidungsprozessen (siehe Abbildung 6). Mit dem CSU-Politiker Hans-Peter Friedrich, seit über zehn Jahren Kuratoriumsmitglied, ist sogar ein ehemaliger Bundesminister in zentraler Funktion für die Stiftung tätig. Auch der CDU-Politiker und frühere EU-Kommissar Günther Oettinger, der aktuell für das Ultra-Fast-Fashion Unternehmen Shein lobbyiert, gehört dem aktuellen Kuratorium an. Brun-Hagen Hennerkes, der die Stiftung Familienunternehmen 2002 ins Leben rief, pflegt persönliche Beziehungen zu Persönlichkeiten wie Angela Merkel oder Frank-Walter Steinmeier (vgl. Abbildung 9 und 10). So schrieb Steinmeier in einem Grußwort zum Geburtstag an Hennerkes: „Und uns beiden wünsche ich, ab und an ein gemeinsames Bier und noch viele weitere Gespräche!“⁵⁸

Auf Einladung der SFUP kommen beim jährlich stattfindenden „Tag des Familienunternehmens“ im Luxushotel Adlon im exklusiven Kreis Milliardär:innen und Konzernchefs mit hochrangigen Regierungsvertreter:innen zusammen – darunter 2025 u.a. Wirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU), Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU), Staatssekretär beim Bundesfinanzministerium Michael Schrodi (SPD) und die Grünen-Parteivorsitzende Franziska Brantner. Darüber hinaus setzt die Stiftung gezielt darauf, mit Events ihre Verbindungen in Bundestagsbüros zu festigen. So zeigen interne Dokumente der SFUP, dass sie sich kurz nach der Regierungsbildung 2025 mit dutzenden erstmals gewählten Bundestagsabgeordneten im „Haus des Familienunternehmens“ versammelte. „Stark vertreten waren insbesondere die Mitglieder der Unionsfraktion“, berichtet die SFUP darin (siehe Abbildung 11).



Abbildung 9: Stiftungsgründer Brun-Hagen Hennerkes bei einem „Vier-Augen-Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel“ im Jahr 2014. Der Auszug stammt aus einem Privatdruck der SFU aus dem Jahr 2014.



Abbildung 10: Kennengelernt „beim Bier danach“: Frank-Walter Steinmeier bedankt sich bei Stiftungsgründer Brun-Hagen Hennerkes für den „vertrauensvolle[n] Austausch“. Der Auszug stammt aus einem Privatdruck der SFU aus dem Jahr 2014.

Um Gesetze zu beeinflussen, setzen die beiden Stiftungen neben Lobbyist:innen auch auf PR-Profis, deren Vorgehen – von eingefädelten Medienkooperationen bis zu organisierten Kampagnen – einer professionellen Kommunikationsstrategie folgt. Wie zuvor beschrieben, spielt der wissenschaftliche Beirat mit seinen renommierten Mitgliedern eine entscheidende Rolle für den Auftauptritt der Stiftungen – auf ihrer Webseite, auf Stiftungs-Veranstaltungen und in den sozialen Medien. Die in den folgenden Kapiteln vorgestellten Medienkooperationen

bzw. Kampagnen „Das kann weg“ und „SOS-Wirtschaftswarntag“ sind weitere Beispiele für die zielgerichtete Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der SFUP.

Im Folgenden skizzieren wir, wie die SFU und die SFUP ihre politische Schlagkraft und Kampagnen gezielt einsetzen, um Reformen für das Gemeinwohl zu verhindern, die auf mehr Steuergerechtigkeit und ökologische Verantwortung abzielen.



Ein lockeres Kennenlernen und Kontakteknüpfen mit den erstmals gewählten Abgeordneten im Haus des Familienunternehmens.
© Stiftung Familienunternehmen und Politik

Abbildung 11: „Etwa ein Dutzend erstmals gewählter Mitglieder des Deutschen Bundestags folgte am 22. Mai 2025 der Einladung ins Haus des Familienunternehmens. Stark vertreten waren insbesondere die Mitglieder der Unionsfraktion“, schreibt die SFUP in einem internen Dokument. Das Zitat und das Foto sind Auszug aus einem internen Dokument der SFUP aus dem Jahr 2025.

3.1. Besteuerung großer Vermögen verhindern

Die Stiftung Familienunternehmen kämpft an vorderster Front gegen eine stärkere Besteuerung großer Vermögen, etwa durch die Wiedereinführung der ausgesetzten Vermögensteuer oder eine gerechtere Ausgestaltung der Erbschaftssteuer. Dabei geht es ihr auch darum, Möglichkeiten für Steuerflucht ins Ausland zu erleichtern. Solche Steuerprivilegien und Schlupflöcher für Superreiche bedeuten große Verluste für die Gesellschaft. In den öffentlichen Kassen fehlen dadurch viele Milliarden für Klimaschutz und andere dringende Gemeinwohlaufgaben. Ausgerechnet diejenigen, die das Klima am stärksten belasteten, werden dadurch nicht in die Verantwortung genommen, ihren fairen Beitrag zum Gemeinwesen zu leisten.⁶³

Bei der **Erbschaftssteuer** setzt die SFU sich dafür ein, große steuerliche Ausnahmen bei der Übertragung von Betriebsvermögen zu bewahren und auszuweiten. Dabei geht es nicht nur um den Erhalt bestehender Privilegien für große Betriebssvermögen. Im Lobbyregister des Deutschen Bundestags führt die SFUP die „Abschaffung der Erbschaftsteuer“ ausdrücklich als Regelvorhaben

an.⁶⁴ Schon bei den Erbschaftssteuerreformen von 2008 und 2016 machte die Stiftung ihren Einfluss geltend: Die Reformen führten weitreichende Ausnahmen für die Übertragung von Betriebsvermögen ein und markierten so einen Wendepunkt zugunsten großer Vermögen.⁶⁵ Im Gespräch mit dem damaligen SFU-Vorstand Brun-Hagen Hennerkes bezeichnete der Spiegel diese als „größten Lobbyerfolg in der Geschichte der Bundesrepublik“.⁶⁶ Im Verlauf der Reform von 2016 gab es nachweislich einen engen Austausch der SFU mit der Politik: Wie aus einer kleinen Anfrage der Bundesabgeordneten Lisa Paus (Bündnis 90/Grüne) an die Bundesregierung hervorgeht, trafen zwischen Februar 2015 und Juni 2016 Vertreter:innen der Stiftung Familienunternehmen neun Mal auf hochrangige Vertreter:innen der Bundesregierung – darunter die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU).⁶⁷

Im Rahmen der Reform von 2016 wurde die umstrittene „**Verschonungsbedarfsprüfung**“ im Erbschafts- und Steuerenkungsgesetz eingeführt. Durch sie können Erb:innen bzw. Beschenkte großer Unternehmensvermögen im Wert von über 26 Millionen Euro den vollständigen Steuererlass erhalten, wenn sie nachweisen, dass sie über kein liquides Vermögen verfügen, um die Steuer zu begleichen und damit als „bedürftig“ gelten. Und genau diese Verschonungsbedarfsprüfung erlaubt

Parteispenden in Millionenhöhe – vor allem an die CDU

Von 2021 bis 2025 flossen aus dem Netzwerk der SFU mindestens 4,5 Millionen Euro Großspenden an politische Parteien in Deutschland. Die Unionsparteien CDU/CSU waren mit Abstand der Hauptprofiteur – sie erhielten mit 3,3 Millionen Euro etwa drei Viertel der zugeordneten Großspenden (CDU: 3,17 Millionen Euro; CSU: 161.000 Euro). Danach folgten Großspenden an FDP (854.000 Euro), Bündnis 90 / Die Grünen (289.000 Euro) und SPD (50.000 Euro).

Die drei größten Einzelpreder:innen aus dem SFU-Netzwerk sind die BMW-Erb:innen Susanne Klatten

Infobox 4

und Stefan Quandt (insg. 1,02 Millionen Euro, davon 750.000 an CDU und 275.000 an FDP) und die Familiendynastien Herrenknecht (insg. 643.600 Euro; davon 594.100 CDU/CSU und 29.500 an FDP) und Viessmann (insg. 450.000 Euro; davon 250.000 an CDU/CSU, 100.000 an FDP, jeweils 50.000 Euro an SPD und Grüne). Damit geht der mit Abstand größte Teil der Parteispenden aus dem Netzwerk der SFU an die Parteien CDU und FDP, die eine Vermögensteuer für Superreiche und die Streichung ihrer Steuerprivilegien bei der Erbschaftssteuer bisher ablehnen.⁶²

erheblichen Gestaltungsspielraum: Durch Steuertricks wie beispielsweise die Übertragung des Vermögens auf eine Familienstiftung kann die Steuer leicht umgangen werden.⁶⁸ Damit wurde ein massives Steuerschlupfloch für Superreiche geschaffen, das die Allgemeinheit teuer zu stehen kommt: Die mit Abstand größte Steuersubvention sind laut Bundesfinanzministerium die steuerlichen Ausnahmen für Betriebsvermögen bei der Erbschaftssteuer, die den Staat jährlich 8,8 Milliarden Euro kosten.⁶⁹ Im Gesamtergebnis haben die Reformen zu einer ineffektiven und ungerechten Erbschaftssteuer mit regressiver Steuerlast geführt: Ausgerechnet hohe Vermögen werden seither effektiv geringer besteuert als niedrige Übertragungen oberhalb der Freigrenzen.⁷⁰

Um Steuerprivilegien ihres hochvermögenden Klientels zu sichern, will die Stiftung Familienunternehmen die seit 1997 ausgesetzte **Vermögensteuer dauerhaft verhindern**. Mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit, flankiert von teils zweifelhaften Auftragsstudien (siehe Infobox 5), warb sie im Vorfeld der vergangenen Bundestagswahlen immer wieder mit irreführenden Argumenten und Alarmismus gegen eine Reaktivierung der Vermögensteuer und schürte Ängste vor gravierenden Folgen für die Wirtschaft.⁷¹ Vor den Bundestagswahlen 2021 verfassten Stiftungsvorstand Kirchdörfer und ifo-Präsident Fuest einen Gastbeitrag in der Neuen Zürcher Zeitung, der davor warnte, eine Vermögenssteuer könne "toxisch" wirken.⁷² Im Interview mit dem Handelsblatt bezeichnete Kirchdörfer eine Wiedereinführung der ausgesetzten Vermögenssteuer als „verantwortungslos.“⁷³ Interne Dokumente der SFU bezeugen die erfolgreiche Medienarbeit aus Sicht der Stiftung (siehe Abbildung 12). Dass eine aktuell viel diskutierte Vermögensteuer für Superreiche ("Milliardärsteuer")⁷⁴ gerade mal einen sehr kleinen Personenkreis von nicht mal 5000 Superreichen in Deutschland betreffen würde und Einnahmen in Milliardenhöhe für nötige Investitionen in das Gemeinwohl ermöglichen würde⁷⁵, wird in Beiträgen der SFU dagegen verschwiegen.

Um die großen Vermögen ihres Klientels vor Steuern zu verschonen, kämpft die SFU sogar dafür, Möglichkeiten für Steuerflucht ins Ausland zu erleichtern. Hierbei ist ihr die geltende **Wegzugsbesteuerung** ein Dorn im Auge.⁷⁶ Dieses Instrument soll Steuervermeidung durch die Verlagerung von Vermögenswerten ins Ausland verhindern. Es wurde in den 1970er Jahren etabliert und seit 2022 mehrfach verschärft, um Steuerschlupflöcher effektiv zu schließen – z.B. durch den Wegfall der

6. Medienberichterstattung



Abbildung 12: Das Bild zeigt Medienerfolge aus Sicht der SFU in ihrem Kampf gegen eine Vermögensteuer. Auszug aus einem internen Dokument der SFU aus dem Jahr 2024.

Stundungsmöglichkeit.⁷⁷ Die Wegzugsbesteuerung gilt als wichtiger Meilenstein im Kampf gegen Steuerflucht.

Interne Dokumente der Stiftung Familienunternehmen und Politik, die Greenpeace vorliegen, zeigen ihre politischen Bemühungen gegen die Wegzugsbesteuerung. In einem internen Schreiben an ihre Förderer im Nachgang des „Tag des Familienunternehmens“ 2025, verkündete die Stiftung beispielsweise, dass ihr Vorstand Rainer Kirchdörfer „die Fesseln durch die Wegzugsbesteuerung“ bereits direkt beim Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Michael Schrodi (SPD), angesprochen habe und ein weiteres Gespräch angestrebt werde. Die mit der SFU verbundene Steuerkanzlei Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz gibt in einem Aufsatz von 2023 gleich Tipps für den „Einsatz von Familienstiftungen zur Vermeidung einer Wegzugsbesteuerung.“⁷⁸

Neben diesen direkten vermögensbezogenen Steuern setzt sich die SFU für eine **Senkung von Unternehmenssteuern** ein, die in den vergangenen Jahrzehnten bereits erheblich gesenkt wurden. Ein lukrativer Schachzug für das Netzwerk der SFU-Mitglieder: Durch eine geringere Besteuerung von Unternehmensgewinnen lassen sich die

Zweifelhafte Auftragsstudien

Einige Studien, die von der Stiftung Familienunternehmen in Auftrag gegeben und veröffentlicht wurden, können als Teil ihrer Kampagnenarbeit gegen Vermögensbesteuerung verstanden werden, da sie einseitige Methoden und eine selektive Datenauswahl nutzen, wohl um zu bestimmten, politisch motivierten Ergebnissen zu gelangen.

Anfang 2025 berichtete der Spiegel, dass der vom ZEW Mannheim im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erstellte „Länderindex Familienunternehmen“, der regelmäßig als Beleg für die angebliche Schwäche des Wirtschaftsstandorts Deutschland herangezogen wird, methodisch stark verzerrt sei. Die Studie fokussiere sich einseitig auf Großunternehmen mit einem Umsatz ab 100 Millionen Euro und gewichte steuerliche Faktoren im Vergleich zu renommierten internationalen Rankings deutlich überproportional – allen voran die Erbschaftsteuer. Die Bild-Zeitung betitelte den „Länderindex Familienunternehmen“ – ganz im Sinne der Stiftung – als „Mittelstands-Ranking“, obwohl nur Großunternehmen betrachtet wurden (siehe Abbildung 13). Außerdem spielten laut Spiegel in anderen Unternehmensbefragungen Standortfaktoren wie Arbeitskosten, Digitalisierung oder die Infrastruktur eine viel größere Rolle für Investitionsentscheidungen als Steuern. Laut Sebastian Eichfelder, Professor für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Universität Magdeburg, stellt der Länderindex kein objektives Bild der Standortattraktivität dar. Vielmehr repräsentiere er die Interessen sehr reicher deutscher Unternehmerfamilien.¹⁰⁰

Unsere Recherchen zeigen, dass die Stiftung Familienunternehmen diese Strategie auch mit weiteren Auftragsstudien 2025 eingesetzt hat. Im Mai veröffentlichte sie ihren sogenannten „Internationalen Gerechtigkeitsindex“¹⁰¹, begleitet von einer auffälligen Social-Media-Kampagne.¹⁰² Die Studie, erstellt vom IW Köln im Auftrag der Stiftung, kommt zu dem erstaunlichen Schluss, Deutschland habe „im internationalen

Vergleich kein grundsätzliches Gerechtigkeitsproblem“ – obwohl ausgerechnet zentrale Daten zur Vermögensungleichheit nicht berücksichtigt wurden, angeblich wegen „Unzulänglichkeiten bezüglich der Datenqualität und -verfügbarkeit“.¹⁰³ Besonders widersprüchlich: Selbst ohne die Berücksichtigung von Vermögen landet Deutschland beim Kriterium „Einkommensgerechtigkeit“ lediglich auf Platz 21 von 34 – ein schlechtes Ergebnis, das die Stiftung sogleich relativiert, indem sie auf ihre eigene Umfrage verweist, laut der den Menschen „Verteilungsgerechtigkeit am wenigsten wichtig“¹⁰⁴ sei. Weil diese Befragung suggestiv und einseitig formuliert ist, lässt dies eine klare Schlagseite zugunsten der Partikularinteressen der SFU erkennen.

Der von der Stiftung herausgegebene „Gerechtigkeitsindex“ steht in auffälligem Widerspruch zu zahlreichen unabhängigen Studien: Sowohl die Europäische Zentralbank als auch die Bundesbank dokumentieren regelmäßig eine im internationalen Vergleich hohe Vermögensungleichheit in Deutschland.¹⁰⁵ Zudem zeigen Befragungen, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Verteilung von Einkommen und Vermögen als ungerecht empfindet¹⁰⁶ – und 70 Prozent eine Vermögensteuer für Superreiche klar befürworten¹⁰⁷. Dennoch suggeriert die Stiftung, es werde „die falsche Debatte“ geführt – so etwa in einem LinkedIn-Post im Mai 2025, in dem sie schreibt: „Das Thema Gerechtigkeit ist heiß diskutiert. Doch Deutschland schneidet bei den sechs Dimensionen der Gerechtigkeit im internationalen Vergleich ordentlich ab. Führen wir also die falsche Debatte?“¹⁰⁸

Hier drängt sich der Eindruck auf, die SFU versuche mit seriös anmutenden Rankings, eklatante soziale Ungerechtigkeiten und Ungleichheit im Land kleinzureden und den zunehmenden öffentlichen Gerechtigkeitsdiskurs ganz im Sinne ihres reichen Klientels zu verzerren, damit ihre Steuerprivilegien möglich unangetastet bleiben – zulasten der Allgemeinheit.

Nur Platz 17 von 21

Deutschland floppt im Mittelstands-Ranking



Die deutsche Wirtschaft ächzt. Der Mittelstand leidet besonders
Foto: picture alliance / photopress



Deutschland schafft es nur auf Platz 17 von 21 im weltweiten Mittelstands-Ranking.

Abbildung 13: Das Framing der SFU wirkt: Die Bild-Zeitung betitelte am 21.1.25 das fragwürdige „Länderranking“ der SFU, das ausschließlich Großunternehmen ab 100 Mio. Euro Umsatz betrachtet, unter der Überschrift „Deutschland floppt im Mittelstandsranking.“¹⁰⁹

effektiven Steuersätze von Superreichen deutlich verringern. Denn laut Analysen des Netzwerk Steuergerechtigkeit ist die Unternehmensteuer oft die einzige Steuer, die Superreiche überhaupt zahlen.⁷⁹ Im Kontext der Bundestagswahl 2025 ließ sich eine besondere Dynamik beobachten. Durch eine massive Kampagne befeuerte die SFU die gesellschaftliche Debatte über die schwächernde Wirtschaft ganz strategisch, um genau diese Steuer senkung für ihr Klientel durchzusetzen: Im Januar 2025 – wenige Wochen vor der Bundestagswahl – forderte die SFUP vor einer Drohkulisse einer sich vermeintlich abzeichnenden „Deindustrialisierung“ Deutschlands in ihrem Positionspapier unter dem Titel „#AufbruchJetzt!“ u.a. eine **Absenkung der Körperschaftsteuer**.^{80A}

Im selben Atemzug veröffentlichte die SFU den diesjährigen Ländlerindex – ein zweifelhaftes Länderranking, das den Wirtschaftsstandort Deutschland besonders schlecht

rechnet (siehe Infobox 5). Der sogenannte „Länderindex Familienunternehmen“, der seit 2006 regelmäßig von der Stiftung herausgegeben wird, wird oft herangezogen, wenn Vertreter:innen der Stiftung Steuersenkungen für Unternehmen fordern und vor einer Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer warnen.⁸¹

Gleichzeitig mobilisierte die SFUP als Bündnispartner zum sogenannten „SOS Wirtschaftswarntag“⁸² der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) – einer PR- und Lobbyorganisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-industrie finanziert wird⁸³ (siehe Abbildung 14). Mittels einer alarmistischen Erzählung einer akuten Wirtschaftsgefahr wurde eine Kampagne lanciert, die u.a. Steuersenkungen für Unternehmen einforderte.^{84 B}

Im Sinne der Agenda der Lobbyverbände beschloss der Deutsche Bundestag wenige Monate später am 26.6.2025 im Rahmen des Gesetzes für ein steuerliches Investitionssofortprogramm die schrittweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes ab 2028 von derzeit 15 auf 10 Prozent.⁸⁵

Während wissenschaftlich nicht eindeutig ist, ob eine Senkung der Unternehmenssteuer überhaupt einen relevanten positiven Beitrag zur Belebung der Wirtschaft leisten kann – da sie insbesondere im Vergleich zu anderen Maßnahmen als vergleichsweise ineffizientes und fiskalisch teures Instrument gilt – ist dagegen ausgemacht, dass speziell Superreiche von dieser Steuersenkung profitieren.⁸⁶ In der Regel führt ein Großteil der Steuersenkungen über höhere Gewinnausschüttungen zu einem weiteren Anstieg ihrer ohnehin schon großen Privatvermögen.

A Die Körperschaftsteuer ist eine Steuer auf Gewinne von Kapitalgesellschaften und wird neben der Gewerbesteuer erhoben.

B Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die INSM sich in der dazugehörigen Kampagne „SOS – Die deutsche Wirtschaft ist in Gefahr“ zudem die Abschwächung nationaler Klimaziele, die Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes sowie den Wegfall von Förderprogrammen für klimaschonende Investitionen durch Unternehmen und Privatpersonen einfordert.



Abbildung 14: Links: Plakat des SOS Wirtschaftswartags am 29.1.25.¹¹⁰ Mitte: SFU-Geschäftsführer David Deißner mobilisiert in den sozialen Medien zur Teilnahme an der Veranstaltung.¹¹¹ Rechts: Unterstützung vom damaligen Kanzlerkandidaten Friedrich Merz (CDU).¹¹²

3.2. Klimaschutz und Sorgfaltspflichten ausbremsen

Die SFU und SFUP sind eine treibende Kraft, wenn es darum geht, zentrale gesetzliche Regelungen und Sorgfaltspflichten für Unternehmen zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten auszubremsen oder gänzlich abzuschaffen. Dazu gehören unter anderem die **EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD)**, das **EU-Lieferkettengesetz (CSDDD)** sowie das deutsche **Lieferkettensorgfaltengesetz (LkSG)**.

Diese Gesetze sind wichtige Errungenschaften für mehr unternehmerische Verantwortung. Sie schaffen mehr Transparenz über unternehmerisches Handeln und verpflichten große Unternehmen, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen wie Kinder- und Zwangsarbeit in ihren globalen Lieferketten zu identifizieren und zu bekämpfen. Zudem liefern sie Finanzmarktakteuren eine belastbare Grundlage, um die Nachhaltigkeit und entsprechende Risiken (z.B. Klimarisiken) von Unternehmen zu bewerten und in ihren Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen.⁸⁷

Doch genau diese Transparenz ist der SFU ein Dorn im Auge – und sie versucht die Gesetze mit dem Argument

A So zeigt eine Studie im Auftrag der EU-Kommission, dass verbindliche, gesetzliche Regelungen zur Einhaltung unternehmerischer Sorgfaltspflichten in Lieferketten deutlich wirkungsvoller sind als freiwillige Leitlinien.

des „Eingriff in die unternehmerische Freiheit“⁸⁸ und dem Vorwand des „Bürokratieabbaus“ ganz in ihrem Sinne abzuschwächen.

Im Jahr 2024 legte die SFUP zwei umfangreiche Stellungnahmen⁸⁹ zur nationalen Umsetzung der CSRD vor, in denen sie eine deutliche Abschwächung forderte. Demnach sollen möglichst wenige Unternehmen berichtspflichtig werden (nur die Konzernmutter), zudem sollen die Informationen nicht in maschinenlesbaren Dateiformaten veröffentlicht werden – eine externe Vergleichbarkeit würde dadurch erschwert. Mehrere ihrer Forderungen wurden in politischen Entwürfen aufgegriffen, darunter die Begrenzung der Pflichten auf die oberste Muttergesellschaft.⁹⁰

Parallel dazu forderte sie im Januar 2024 gemeinsam mit Industrieverbänden den Stopp des EU-Lieferkettengesetzes (CSDDD)⁹¹. Nach dem Scheitern der Ampel-Regierung legte sie im November 2024 einen offenen Brief an die SPD-Bundestagsfraktion nach⁹², in dem sie die vollständige Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes (LkSG) verlangte. Interne Dokumente der SFUP zeigen, dass es noch während der Koalitionsverhandlungen im Frühjahr 2025 ein Treffen des „Rechtskreises“ der SFUP zu dem sogenannten Omnibus-Paket der EU und „bürokratischen Belastungen von Familienunternehmen“ gab, an dem auch der CDU-Politiker und designierte Parlamentarische Staatssekretär Philipp Amthor teilnahm. Darin „bekamen die Teilnehmer Einblicke in die parallel laufenden Koalitionsverhandlungen,“ wie es in dem Dokument heißt (Siehe Abbildung 15).⁹³



Philipp Amthor, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, zu Gast beim Rechtskreis der Stiftung Familienunternehmen und Politik. © Stiftung Familienunternehmen und Politik

Abbildung 15: CDU-Politiker Philipp Amthor gibt dem Rechtskreis der SFUP Einblicke in die laufenden Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung ab 2025. Der Auszug stammt aus einem internen Dokument der SFUP aus dem Jahr 2025.

Die Linie der Stiftung setzt sich durch – zulasten verbindlicher Regeln für Umwelt und Menschenrechte: Im Koalitionsvertrag 2025 vereinbarte die schwarz-rote Bundesregierung die Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes.⁹⁴ Bundeskanzler Merz kündigte zudem an, sich auf EU-Ebene für eine Rückabwicklung des EU-Lieferkettengesetzes einzusetzen.⁹⁵ Entsprechend setzt die Stiftung ihre Anstrengungen auch in Brüssel fort. Im Rahmen des sogenannten Omnibus-Pakets versuchte sie gemeinsam mit anderen Industrieverbänden, die EU-Nachhaltigkeitsrichtlinien gezielt zu verwässern bzw. abzuschaffen.⁹⁶ Sie drängen darauf, möglichst viele Unternehmen von den Sorgfaltspflichten auszunehmen und die Regelungen massiv abzuschwächen: So fordert sie u.a. die Vorgabe vollständig zu streichen, Unternehmen einen mit dem Pariser Klimaschutzabkommen im Einklang stehenden Klimaplan erstellen zu lassen. In einer gemeinsamen Initiative der SFUP mit Focus Online, Business Punk und The European unter dem Titel „Das kann weg“ flankiert die SFUP gezielt seit dem Frühjahr 2025 – zum Start der Regierungsbildung – ihren Widerstand gegen die EU-Nachhaltigkeitsrichtlinien. Mit der Juristin und CDU-Politikerin Gisela Meister-Scheufelen als „Miss Bürokratieabbau“ der Stiftung Familienunternehmen und Politik fordert die Stiftung darin EU-Nachhaltigkeitsrichtlinien „ersatzlos“ zu streichen

(vgl. Abbildung 16).⁹⁷ Darunter fällt nicht nur die CSDD und CSRD, sondern auch das EU-Entwaldungsgesetz – ein zentrales Instrument, das die Transparenz zum Import entwaldungsrelevanter Produkte erhöht und ein wichtiger Meilenstein für den internationalen Schutz von Wäldern und den Klima- und Artenschutz ist.

Unterstützung für die Nachhaltigkeitsrichtlinien kommt dagegen aus breiten Teilen der Wirtschaft. In einem veröffentlichten Statement⁹⁸ von mehr als 470 Stakeholdern – darunter Investoren, Finanzinstitutionen und Unternehmen wie Allianz, IKEA, H&M und Vattenfall, betonen die Unterzeichner:innen, dass Nachhaltigkeitsberichterstattung, Klimaziele und Sorgfaltspflichten für Unternehmen essentiell für die Wettbewerbsfähigkeit Europas sind. Auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sprechen sich in einem gemeinsamen Appell von März 2025 für das EU-Lieferkettengesetz aus.⁹⁹ Dies legt nahe, dass die Stiftung Familienunternehmen mit ihrer Positionierung gegen die EU-Nachhaltigkeitsrichtlinien nicht die breite Wirtschaft repräsentiert, sondern die Partikularinteressen einer Gruppe klimaschädlicher Unternehmen, die mehr Transparenz und Sorgfaltspflichten hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen offenbar unterbinden wollen.

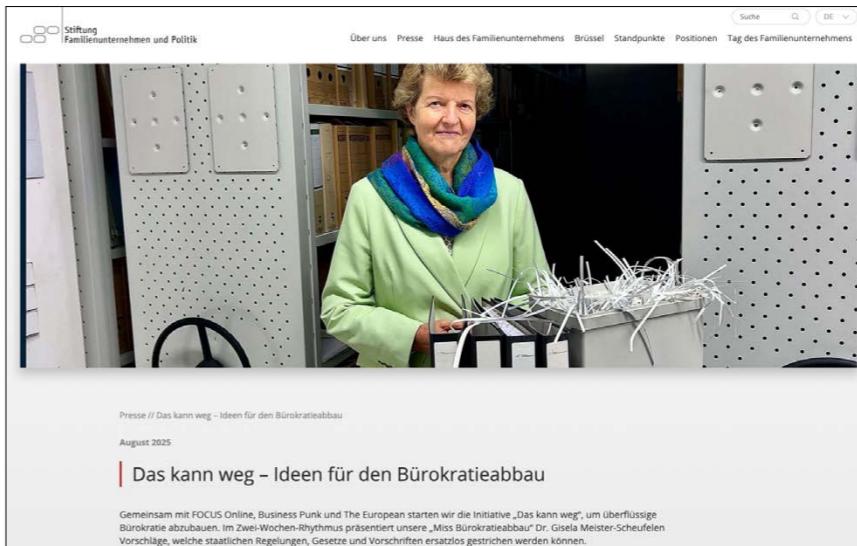


Abbildung 16: Mit der Kampagne „Das kann weg“ fordert die Stiftung Familienunternehmen und Politik die Abschaffung von Nachhaltigkeitsrichtlinien für Unternehmen. Die Abbildung ist ein Screenshot der SFUP-Website vom 28.8.25. Auf dem Foto werden symbolisch Akten geschreddert.

3.3. Politischer Ausblick: Milliardärssteuer

Weltweit entwickelt sich derzeit eine Debatte über eine gerechte Besteuerung von Superreichen. Hintergrund ist die sich zuspitzende Klimakrise, für deren Bewältigung enorme Finanzmittel nötig sind. Gleichzeitig bleibt die Besteuerung von Hochvermögenden in vielen Ländern unzureichend.

Im Rahmen der G20-Präsidentschaft Brasiliens im Jahr 2024 hat Präsident Luiz Inácio Lula da Silva einen Vorschlag für eine global koordinierte Milliardärssteuer eingebracht.¹¹³ Der vom französischen Ökonomen Gabriel Zucman entwickelte Entwurf sieht eine Vermögensteuer von mindestens zwei Prozent für Superreiche mit mehr als 100 Millionen Dollar Vermögen vor – im Sinne einer Sollertragsteuer. Bereits gezahlte Einkommensteuern wären auf eine solche Vermögensteuer anrechenbar, wodurch die effektiven Steuersätze auf die Einkommen der Superreichen auf das Niveau der Besteuerung hoher Arbeitseinkommen angehoben würden. Der Vorschlag würde gleichzeitig mehr Steuergerechtigkeit schaffen und erhebliche Finanzmittel im weltweiten Kampf gegen die Klimakrise und Armut mobilisieren. In ihrer Gipfeldeklaration vom November 2024 haben die Staats- und Regierungschefs der G20 entsprechend vereinbart, Superreiche wirksam zu besteuern.¹¹⁴

Die deutsche Bundesregierung hat Unterstützung für die internationalen Bemühungen für eine globale Milliardärssteuer zur effektiven Besteuerung hoher Vermögen zugesichert.¹¹⁵ Auch auf nationaler Ebene wird eine stärkere Besteuerung großer Vermögen – angesichts

großer Investitionsbedarfe und knapper Haushaltssachen – derzeit politisch debattiert.¹¹⁶ Ohne höhere öffentliche Investitionen, warnt auch der Expertenrat für Klimafragen, lassen sich die Klimaziele nicht erreichen.¹¹⁷ Eine gerechte Besteuerung von Superreichen könnte daher die größten Verursacher von Treibhausgasen stärker in die Pflicht nehmen und erhebliche Mittel für Klimaschutzinvestitionen schaffen.

Greenpeace schlägt deshalb die Einführung einer ökologischen Milliardärssteuer¹¹⁸ in Deutschland zur Finanzierung von Klimaschutz und Zukunftsinvestitionen vor. Der Greenpeace-Vorschlag sieht vor, Vermögen ab 100 Millionen Euro mit zwei Prozent zu besteuern. Investierte Vermögen, die für ihre zu verantwortenden Treibhausgasemissionen keinen Reduktionspfad im Einklang mit den Pariser Klimaschutzzügen aufweisen, sollen mit einem zusätzlichen Steuermalus von 0,5 Prozent höher besteuert werden. Betroffen von dieser Steuer wäre eine kleine Gruppe von weniger als 5000 Haushalten in Deutschland – der administrative Aufwand und die Erhebungskosten wären zu vernachlässigen. Eine solche Steuer könnte bis 2030 staatliche Mehreinnahmen von bis zu 200 Milliarden Euro generieren. Damit ließen sich dringend erforderliche Klimaschutzmaßnahmen umsetzen, wie beispielsweise den Ausbau des Bus- und Bahnverkehrs oder die energetische Sanierung von Schulen. Dies zeigt, dass mit einer moderaten Steuer für wenige Superreiche mehr Steuergerechtigkeit und Klimaschutz für Millionen Menschen geschaffen werden könnte.

Anhang

Methodische Erläuterungen zur Vermögensschätzung

Für die Vermögensschätzungen der Familien haben wir zwei methodische Zugänge gewählt. Zum einen wurden die Angaben aus dem „Reichstenheft 2024“ des Manager Magazins herangezogen, das die 500 vermögendsten Deutschen erfasst¹¹⁹. Zum anderen haben wir mit der Unterstützung des Rechercheurs Andreas Bornefeld für jene Familien, die dort nicht aufgeführt sind, eigene Berechnungen vorgenommen.

Bei der Bewertung von Unternehmen wurden zentrale Kennzahlen wie Gewinn, Eigenkapital, Schulden, Zahlungsmittel und ausgeschüttete Dividenden berücksichtigt. Diese Größen haben wir nach marktüblichen Verfahren mit durchschnittlichen Multiples bewertet. Soweit belegbare Informationen über zusätzliche Vermögenswerte vorlagen, sind auch diese in die Schätzungen eingeflossen. Dabei wurde auch beachtet, dass es bei vorhandenen Daten für Dividenden nicht zu einem „double-counting“ kommt.

Methodische Erläuterungen zur Analyse der Klimaschädlichkeit

Um die im Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen vertretenen Unternehmen im Hinblick auf ihre Klimaschädlichkeit zu bewerten, haben wir jedes Unternehmen einem Wirtschaftszweig zugeordnet.¹²⁰ Dabei haben wir die Kategorien des europäischen NACE-Schemas für Wirtschaftszweige verwendet.¹²⁰ Wir bewerten die Klimaschädlichkeit der Unternehmen anhand ihrer Branchenzugehörigkeit, da die Unternehmen selbst nicht umfassend über ihre Emissionen berichten. Für die einzelnen Wirtschaftszweige gibt es hingegen zunehmend belastbare Emissionsdaten, auf die wir zurückgreifen. Das führt jedoch zu Herausforderungen bei der Bewertung der Klimaschädlichkeit. Eine Limitation unserer Analyse ist, dass die Verwendung von Sektoren als Oberkategorien eine Vereinfachung darstellt, die die Heterogenität aller zugeordneten Unternehmen nur eingeschränkt abbilden kann. Dieser Problematik können

A Wenn ein Unternehmen oder ein großer Teil eines Unternehmens vor 2020 verkauft wurde, ist es nicht in die Bewertung der Klimaschädlichkeit der Branchen eingeflossen.

Unternehmen selbst entgegenwirken, indem sie erweiterte Berichtspflichten zu den Umweltwirkungen ihrer Geschäftstätigkeit – etwa über das Lobbying der SFUP – nicht weiter bekämpfen.

Wir veröffentlichen die Gesamtliste der dem Netzwerk der SFU zugeordneten Akteure im Greenpeace Daten-portal.¹²¹ Die Daten enthalten ebenfalls die Branchenzuordnungen, die dieser Analyse zugrunde liegen.

Im von uns recherchierten Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen sind folgende Wirtschaftszweige vertreten (vgl Abbildung A.1): Rund zwei Drittel der Unternehmen (insgesamt 165) sind dem Verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen, darunter viele Unternehmen im Bereich Maschinenbau, Elektro, Lebensmittel, Fahrzeuge, Chemie, Metallwaren oder Baubedarf. Rund 9 Prozent der Unternehmen sind dem Bereich Handel zuzuordnen, darunter z.B. der Lebensmittel-Einzelhandel, der Drogerie-Einzelhandel oder der Großhandel. Die drittgrößte Branche im von uns recherchierten Netzwerk der SFU ist das Finanzwesen, dem 7 Prozent der Unternehmen zugeordnet werden können.

Für die Analyse der Klimaschädlichkeit der im Netzwerk der SFU vertretenen Branchen haben wir die 19 NACE-Wirtschaftszweige im Hinblick auf ihre Klimaschädlichkeit in Deutschland bewertet. Bei der Bewertung der Klimaschädlichkeit ist es wichtig, sowohl direkte als auch indirekte Emissionen zu betrachten. Zu diesem Zweck haben wir drei Indikatoren berücksichtigt:

- Die absoluten Scope-1- und Scope-2-Emissionen der Wirtschaftszweige in Deutschland, wie sie von der europäischen Statistikbehörde Eurostat publiziert werden.¹²² Diese Emissionen umfassen die Emissionen, für die die Sektoren unmittelbar verantwortlich sind. Dazu zählen die direkten eigenen Emissionen sowie indirekte Emissionen aus dem Bezug von Vorleistungen wie Strom oder Prozesswärme, die für die Produktion und den Geschäftsbetrieb erforderlich sind. Abbildung A.2 (links) zeigt die Scope-1- und Scope-2-Emissionswerte für die NACE-Wirtschaftszweige in Deutschland.
 - Die Gesamtemissionen der Wirtschaftszweige in Deutschland unter zusätzlicher Berücksichtigung von Scope-3-Emissionen. Die Gesamtemissionen umfassen neben den Emissionen, für die die

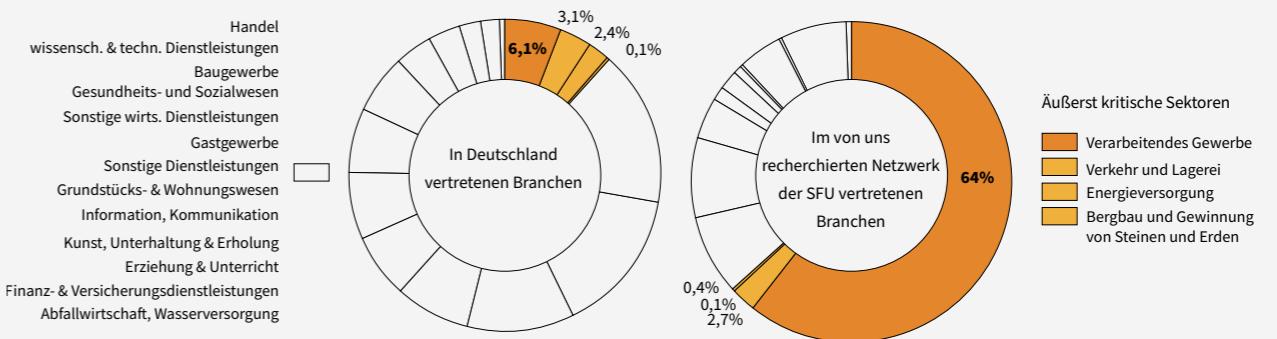


Abbildung A.1. zeigt die in Deutschland vertretenen Branchen. Im Vergleich sind Unternehmen aus „äußerst kritischen“ Sektoren im von uns zugeordneten Netzwerk der SFU deutlich überrepräsentiert.

Unternehmen des Sektors unmittelbar verantwortlich sind, auch die Emissionen aus der Nutzung ihrer Produkte (Scope 3). Für diese tragen sie eine mittelbare Verantwortung, beispielsweise durch die Ausgestaltung der Produkte. So entscheiden Automobilunternehmen darüber, welche Automodelle hergestellt und angeboten werden.

Da Scope-3-Emissionen von Unternehmen bislang nicht systematisch erfasst und berichtet werden mussten, haben wir diese basierend auf Unternehmens-Umfragen des Carbon Disclosure Projects angenähert.¹²³ Die Umfragen zeigen, wie Unternehmen verschiedener Branchen die Zusammensetzung ihrer Scope-1-, Scope-2- und Scope-3-Emissionen beurteilen. Ausgehend von dieser Zusammensetzung wurden mithilfe der Scope-1-und-2-Emissionen Näherungswerte für die Gesamtemissionen errechnet. Die Unternehmens-Umfragen weisen jedoch Defizite auf. Die Ergebnisse der Umfrage spiegeln in einigen Kategorien die Gesamtemissionen nicht akkurat wider – wie zum Beispiel im Handel (v.a. Lebensmitteleinzelhandel) und Wohnungswesen. In unserer Bewertung versuchen wir dieses Defizit in den Daten zumindest für die emissionsintensiven Bereiche zu korrigieren (s.u.). Abbildung A.2 (Mitte) zeigt die Abschätzungen für die Gesamtemissionen für die NACE-Wirtschaftszweige in Deutschland.

- Die Emissionsintensität, berechnet aus der Abschätzung für die Gesamtemissionen im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung des Sektors.¹²⁴ Wir haben diesen Indikator herangezogen, um zu berücksichtigen, dass hohe Emissionen auch auf eine große wirtschaftliche Bedeutung und eine hohe Anzahl von Unternehmen in einem Sektor zurückzuführen sein können. Umgekehrt könnte ein kleiner Sektor geringe absolute Emissionen aufweisen, obwohl die Emissionen im Verhältnis zur geringen wirtschaftlichen Bedeutung sehr hoch sind. Abbildung A.2 (rechts) zeigt die Näherungswerte für die Gesamtemissionen für die NACE-Wirtschaftszweige in Deutschland.

Um die Klimarelevanz der Wirtschaftszweige innerhalb der SFU zu strukturieren, wird eine Rangfolge auf Basis der drei Emissionskennzahlen erstellt und in drei Greenpeace-Bewertungsgruppen unterteilt:

Die Analyse der drei Kennzahlen führt zur folgenden Einschätzung der Wirtschaftszweige, wobei sich die Spalte der Greenpeace Gesamteinschätzung aus den drei beschriebenen Kennzahlen zum Fußabdruck ergibt. Wir erachten einen Wirtschaftszweig als insgesamt „kritisch“, wenn er bei mindestens einer Kennzahl als „kritisch“ eingestuft wird. Als „äußerst kritisch“ gelten Sektoren, wenn sie zudem mindestens bei einer Kennzahl als „äußerst kritisch“ bewertet wurden.

„äußerst kritisch“	Als „äußerst kritisch“ werden die vier Wirtschaftszweige mit den höchsten Treibhausgasemissionen eingestuft. Dies sind Unternehmen der fossilen Energiewirtschaft, aber auch Energieversorger sowie Unternehmen aus dem verarbeitendem Gewerbe, deren Produktion und/oder Nutzung noch zu einem großen Teil auf fossiler Energieerzeugung basiert, so wie die Logistikbranche. All diese Unternehmen und ihre Eigentümer stehen in einer besonderen Verantwortung, ihre Geschäftsmodelle schleunigst zu transformieren.
„kritisch“	Als „kritisch“ werden die vier Wirtschaftszweige eingestuft, die aus Umwelt- und Klimasicht einen hohen Handlungsbedarf zur Umstellung ihrer Produktion haben. Die Herausforderungen sind dabei unterschiedlich groß. Einige Unternehmen, z.B. aus dem Einzelhandel, müssen nicht nur ihre Produktion umstellen, sondern auch ihre Produktpalette klimafreundlicher gestalten. Andere haben weniger kritische Produkte, müssen aber am Energie- und Ressourcenverbrauch arbeiten. Diese kritische Verantwortung gilt auch für die Eigentümer der Unternehmen, die sich dieser Verantwortung stellen müssen und sich nicht durch klimaschädliches Lobbying dem Veränderungsdruck entziehen dürfen.
„weniger kritisch“	Als „weniger kritisch“ werden Wirtschaftszweige eingestuft, die aus Umwelt- und Klimasicht im Vergleich zu anderen Sektoren einen geringeren Handlungsbedarf zur Umstellung ihrer Produktion haben. Dies bedeutet nicht, dass keine Eigentümerverantwortung besteht, sondern dass diese im Vergleich geringer ist. Beispiele hierfür sind etwa das Gastgewerbe oder das Verlags-, IT- und Kommunikationswesen.
„n/a“	Als „n/a“ bzw. „nicht verfügbar“ werden jene Wirtschaftszweige klassifiziert, bei denen aufgrund fehlender Daten keine Einordnung möglich ist. Dies bedeutet nicht, dass keine Eigentümerverantwortung besteht, sondern dass diese unbekannt ist.

Limitation und Korrektur der Scope-3-Datenbasis:

Die für diese Analyse verwendeten Scope-3-Emissionsdaten beruhen auf Hochrechnungen, die auf freiwilligen Unternehmensangaben gegenüber dem CDP basieren. Dies kann zu Verzerrungen, etwa durch eine Selbstselektion der berichtenden Unternehmen (wenn z.B. überwiegend große Unternehmen berichten) oder durch das unvollständige Ausweisen von Emissionen führen¹²⁵. Das hat zur Folge, dass die Ergebnisse der Unternehmensumfragen des Carbon Disclosure Projects, wie oben erwähnt, in einigen Kategorien die Gesamtemissionen der Wirtschaftszweige nicht vollständig widerspiegeln. In unserer Bewertung der Klimaschädlichkeit der Unternehmensbranchen versuchen wir diese Datenlimitation zu korrigieren, sodass es zu zwei begründeten Ausnahmen kommt:

Zum einen ordnen wir dem Lebensmitteleinzelhandel (Subkategorie des Handels) die Emissionen der Landwirtschaft zu. Denn ein Defizit der Erhebung des Carbon Disclosure Projects ist, dass der Handel als eigener Sektor nicht in der Befragung zu den Scope 3 Emissionen auftaucht, sondern nur die Lebensmittelindustrie (Food, Beverage and Tobacco). Daher können keine Aussagen zu dessen Gesamtemissionen anhand der vorliegenden Methode getroffen werden. Dies ist speziell für den

Lebensmitteleinzelhandel (LEH) problematisch, da er die Verantwortung für den Verkauf äußerst emissionsintensiver Milch- und Fleischprodukte trägt. Wir korrigieren dieses Datendefizit, indem wir bei der Bewertung der Klimaschädlichkeit des LEHs diesem die Emissionen der Agrarwirtschaft zuweisen. Das entspricht dem im Greenhouse Gas Protocol vorgegebenen Bilanzierungsstandard, dass innerhalb der Scope-3-Emissionen auch die Emissionen der „Erworbenen Waren und Dienstleistungen“ (Kategorie 1)¹²⁶ fallen. Demnach ist bei den Scope-3-Emissionen des Lebensmitteleinzelhandels der laut CDP-Umfragen hohe Scope-3-Anteil durch „eingekaufte Produkte“ bei der Lebensmittelindustrie zu berücksichtigen.

Zum anderen schreiben wir die hohen Emissionen für Gebäudewärme dem Wohnungswesen zu, da auch hier davon auszugehen ist, dass Immobilieneigentümer und Verwalter einen maßgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Heizungssysteme in ihrem Immobilienbestand haben. In den Selbstbeschreibungen der Scope-3-Emissionen des Sektors, die der Befragung des Carbon Disclosure Projects zur Bestimmung der Gesamtemissionen zugrunde liegen, finden wir Hinweise, dass diese Verantwortung nicht ausreichend berücksichtigt wird und die Angaben zu den Scope-3-Emissionen grob unvollständig sind.¹²⁷

Wirtschaftszweig	Finale Greenpeace-Einschätzung	THG Scope 1&2	THG inkl. Scope 3	Emissions-intensität
Bergbau	äußerst kritisch	kritisch	kritisch	äußerst kritisch
Verarbeitendes Gewerbe	äußerst kritisch	äußerst kritisch	äußerst kritisch	äußerst kritisch
Energieversorgung	äußerst kritisch	äußerst kritisch	äußerst kritisch	äußerst kritisch
Wasser- und Abfallwirtschaft	kritisch	kritisch	weniger kritisch	kritisch
Bau	kritisch	kritisch	kritisch	kritisch
Handel	kritisch*	kritisch	kritisch	weniger kritisch
Logistik	äußerst kritisch	äußerst kritisch	äußerst kritisch	kritisch
Gastgewerbe	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch
IT, Verlage, Kommunikation	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch
Finanzen	kritisch	weniger kritisch	kritisch	kritisch
Wohnungswesen	kritisch**	weniger kritisch	weniger kritisch**	weniger kritisch
Freiberuflich	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch
Öffentliche Verwaltung	weniger kritisch	weniger kritisch	n/a	n/a
Bildung	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch
Gesundheits- und Sozialwesen	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch
Kunst, Unterhaltung und Erholung	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch
Sonstige Dienstleistungen	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch	weniger kritisch
Dienstleistungen und Produktion durch private Haushalte für den Eigenbedarf	n/a	n/a	n/a	n/a
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	n/a	n/a	n/a	n/a

*Sonderfall innerhalb der Kategorie Handel: Die extrem hohen Scope-3-Emissionen aus der Land- und Agrarwirtschaft werden Unternehmen der Subkategorie Lebensmitteleinzelhandel zugerechnet und dieser als „äußerst kritisch“ eingestuft, da diese Emissionen sonst unberücksichtigt blieben (s.u.).

**Trotz weniger kritischer Kennzahlen bei den Einzelindikatoren stufen wir das Wohnungswesen als „kritisch“ ein, da die hohen Scope-3 Emissionen für Gebäudewärme, für die Wohnungseigentümer und -verwalter eine Mitverantwortung tragen, ansonsten unberücksichtigt blieben (s.u.).

Die Einteilung in die Kategorien „weniger kritisch“, „kritisch“ und „äußerst kritisch“ erfolgt anhand der folgenden Zuordnung der NACE-Wirtschaftszweige, für die Emissionsdaten verfügbar sind, gemäß der Höhe der Emissionen¹²⁸:

Die vier Wirtschaftszweige mit den augenscheinlich höchsten Emissionen werden als „äußerst kritisch“ eingestuft, die folgenden vier Wirtschaftszweige mit hohen Emissionen als „kritisch“ und die verbleibenden Wirtschaftszweige, die für sichtbar geringere Emissionen verantwortlich sind, als „weniger kritisch“.

Treibhausgas-Emissionen verschiedener Wirtschaftszweige in Deutschland im Jahr 2023

Quelle: Eurostat

Gesamtemissionen verschiedener Wirtschaftszweige in Deutschland im Jahr 2023

Näherungen basierend auf Daten von Eurostat & CDP

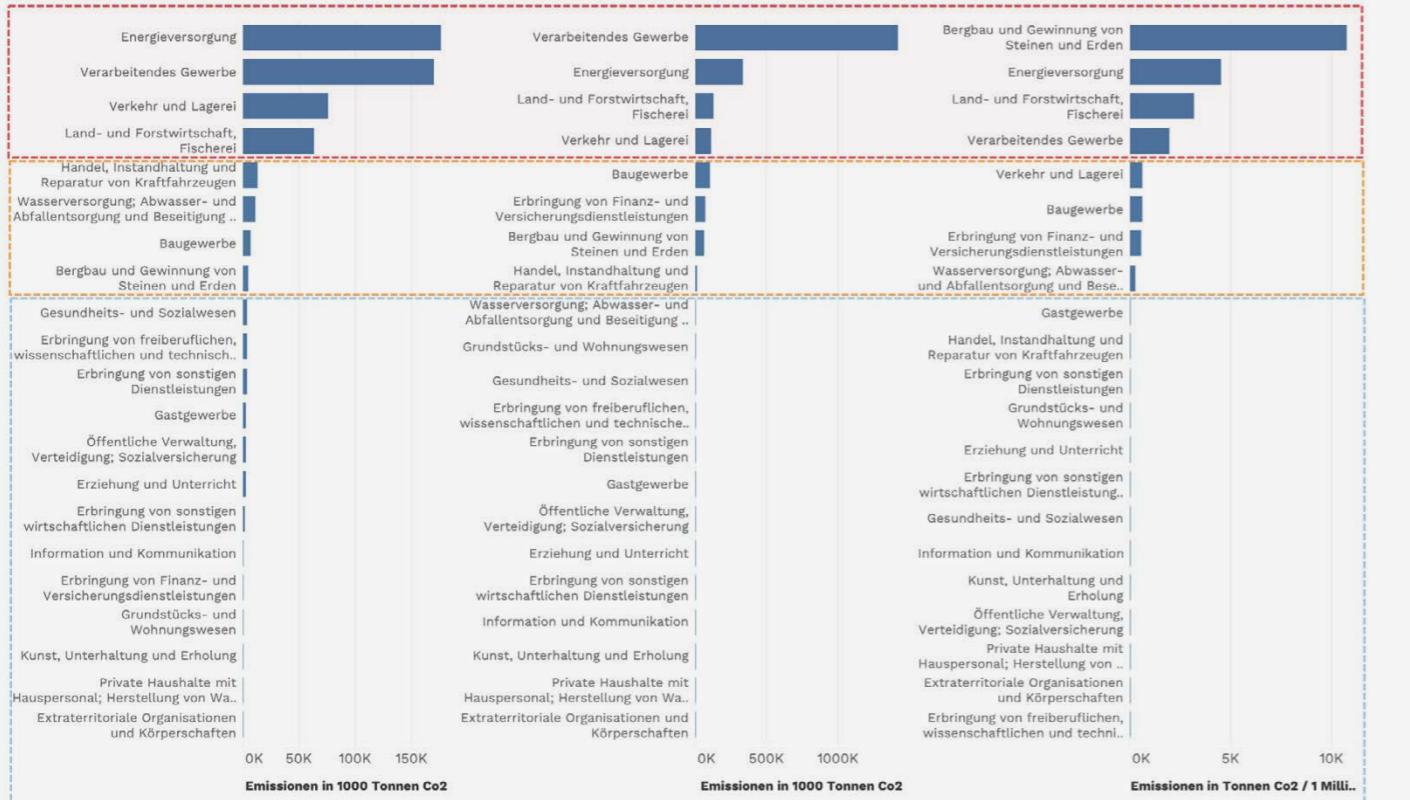


Abbildung A.2: Einteilung der NACE-Wirtschaftszweige in die Kategorien „äußerst kritisch“, „kritisch“ und „weniger kritisch“ anhand von drei Emissionsindikatoren.

Emissionsintensität verschiedener Wirtschaftszweige in Deutschland im Jahr 2023

Näherungen basierend auf Daten von Eurostat & CDP

Endnoten

- 1 Vargas, M. und Neuwirth, B.: [Billions for Millions – Eine Milliardärsssteuer mit ökologischer Lenkungswirkung für eine gerechte Zukunft](#). Greenpeace, 2024. Abgerufen am 18.09.2025
- 2 Ebd.
- 3 Jirmann, J., Schuster, B., Trautvetter, C.: [Superreiche \(wieder\) gerecht besteuern. Eine Analyse des effektiven Steuerbeitrags von Superreichen in der Schweiz, Österreich und Deutschland](#). Netzwerk Steuergerechtigkeit, 2024. Abgerufen am 18.09.2025
- 4 Schröder, C., Bartels, C., Göbler, K., Grabka, M., König, J.: [MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen](#). DIW Wochenbericht , 2020. Abgerufen am 18.09.2025
- 5 Noah, T.: [How the Billionaires Took Over](#). The New Republic, 19.06.2025. Abgerufen am 18.09.2025. Wilhelm, K.: [Welche Folgen die US-Klimapolitik hat](#). Tagesschau, Stand: 19.03.2025. Abgerufen am 18.09.2025. Steinecke, B.: [Trumps Steuergesetz: Was sind die Folgen?](#) ZDF, 2025
- 6 Reschke Fernsehen: [Die Macht der Superreichen: Einfluss de luxe](#), 31.07.2025. Abgerufen am 18.09.2025.
- 7 Stiftung Familienunternehmen: [Was die Stiftung macht](#). Abgerufen am 18.09.2025, archiviert hier.
- 8 Stiftung Familienunternehmen: [Menschen](#). Abgerufen am 18.09.2025, archiviert hier.
- 9 Fratzscher, M.: [Selbst Warren Buffett ist dafür](#). DIW, 16.4.24. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert hier.
- 10 Rickens, C.: [„Die Playboys kann ich an einer Hand abzählen“](#). Der Spiegel, 24.06.2012. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert hier.
- 11 Deckwirth, C.: [Erbchaftssteuer: Wer sind die Lobbyisten der Reichen?](#) Lobby-Control, 21.09.2026. Abgerufen am 18.09.2025
- 12 Stiftung Familienunternehmen: [Was die Stiftung macht](#). Abgerufen am 18.09.2025, archiviert hier.
- 13 siehe Kapitel 1.3.
- 14 Statistisches Bundesamt: [Statistisches Unternehmensregister – Rechtliche Einheiten nach Umsatzgrößenklassen](#). Stand 02.12.2024. Abgerufen am 25.6.2025, archiviert hier.
- 15 Stiftung Familienunternehmen und Politik: [Ein Pakt für Deutschland](#). 26.08.2023. Abgerufen am 09.09.2025, archiviert hier.
- 16 Stiftung Familienunternehmen: [Familiensache und doch von nationaler Bedeutung](#). LinkedIn, 09/2025 Abgerufen am 18.9.2025, archiviert hier.
- 17 Stiftung Familienunternehmen: [Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familienunternehmen](#), 2025. Abgerufen am 18.9.2025, archiviert hier.
- 18 Neßhöver, C. und Bornefeld, A.: [Das sind die 500 reichsten Deutschen](#). Manager Magazin Reichstenheft 1/2024, 10.10.2024. Abgerufen am 09.09.2025.
- 19 Statistisches Bundesamt: [Europa. Slowakei](#). Abgerufen am 09.09.2025.
- 20 Statistisches Bundesamt: [Europa. Slowenien](#). Abgerufen am 09.09.2025.
- 21 Neßhöver, C. und Bornefeld, A.: [Das sind die 500 reichsten Deutschen](#). Manager Magazin Reichstenheft 1/2024, 10.10.2024. Abgerufen am 09.09.2025.
- 22 Duden: [Mittelstand](#), der. Abgerufen am 12.09.2025.
- 23 Statistisches Bundesamt: [Kleine und mittlere Unternehmen](#). Abgerufen am 17.9.25
- 24 Neßhöver, C. und Bornefeld, A.: [Das sind die 500 reichsten Deutschen](#). Manager Magazin Reichstenheft 1/2024, 10.10.2024. Abgerufen am 09.09.2025.
- 25 Greenpeace: [Greenpeace Datenportal unter \[daten.greenpeace.de\]\(#\)](#)
- 26 vgl. Handelsregister-Daten zu [Acton SE](#), [Susanne Klatten Beteiligungs GmbH](#), sowie [Seedamm-Vermögensverwaltungs GmbH](#). Abgerufen am 19.09.2025
- 27 Stiftung Familienunternehmen: [Was die Stiftung macht](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier.
- 28 Stiftung Familienunternehmen: [Satzung der Stiftung Familienunternehmen vom 11. Januar 2005 mit Änderungen vom 27. Oktober 2009 und mit Änderungen vom 19. Januar 2012 und mit Änderungen vom 2. August 2022](#). Abgerufen am 09.09.2025, archiviert hier.
- 29 Internes Dokument der SFU, 2024
- 30 Regierungspräsidium Baden-Württemberg: Auszug aus dem

Stiftungsverzeichnis: Stiftung Familienunternehmen und Politik

- 31 Stiftung Familienunternehmen: Die Stiftung Familienunternehmen wird um eine neue Organisation „Stiftung Familienunternehmen und Politik“ ergänzt. 07.06.2021. Original nicht mehr abrufbar. Archiviert hier.
- 32 Stiftung Familienunternehmen: [Menschen](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier. Stiftung Familienunternehmen: [Kuratorium](#). Abgerufen am 11.09.2025, archiviert hier. Stiftung Familienunternehmen: [Vorstand und Geschäftsführung](#). Abgerufen am 11.09.2025, archiviert hier.
- 33 Hennker, Kirchdörfer & Lorz: [Beratung von Familienunternehmen](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier. Regierungspräsidium Baden-Württemberg: Auszug aus dem Stiftungsverzeichnis: Stiftung Familienunternehmen; Regierungspräsidium Baden-Württemberg: Auszug aus dem Stiftungsverzeichnis: Stiftung Familienunternehmen und Politik.
- 34 Hennker, Kirchdörfer & Lorz: [Beratung von Familienunternehmen](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier.
- 35 Hennker, Kirchdörfer & Lorz: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Brun-Hagen Hennker - Rechtsanwalt und Seniorpartner. Abgerufen am 09.09.2025, archiviert hier. Hennker, Kirchdörfer & Lorz: Prof. Rainer Kirchdörfer - Rechtsanwalt und Partner. Abgerufen am 09.09.2025, archiviert hier.
- 36 Hennker, Kirchdörfer & Lorz: [Beratung von Familienunternehmen](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier.
- 37 Hennker, Kirchdörfer & Lorz: [Grundsätze unserer Beratung](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier.
- 38 Stiftung Familienunternehmen und Politik: [Haus des Familienunternehmens](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier.
- 39 Stiftung Familienunternehmen und Politik: [Haus des Familienunternehmens Brüssel](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier.
- 40 Stiftung Familienunternehmen: [Förderer werden](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier.
- 41 Stiftung Familienunternehmen: [Förderung wissenschaftlicher Institute](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier.
- 42 Stiftung Familienunternehmen: [Menschen](#). Abgerufen am 02.09.2025, archiviert hier.
- 43 FAZ: [Deutschlands einflussreichste Ökonomen](#), 2021 Abgerufen am 02.09.2025. siehe auch Wikipedia: [Ökonomenranking](#). Abgerufen am 02.09.2025.
- 44 Bundesministerium der Finanzen: [Aufgaben und Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats](#), Stand: 04.08.2025. Abgerufen am 11.09.2025.
- 45 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: [Mitglieder und Expertise](#), Abgerufen am 11.09.2025.
- 46 Stiftung Familienunternehmen: [Prof. Udo Die Fabio über Staatsdirigismus](#). YouTube, 27.08.2024. Abgerufen am 11.09.2025, archiviert hier. Stiftung Familienunternehmen: [Prof. Clemens Fuest darüber, wie wir Deutschlands Wohlstand sichern](#). YouTube, 10.04.2024. Abgerufen am 11.09.2025, archiviert hier. Stiftung Familienunternehmen: [Ist Erben ungerecht?](#) Instagram, 08.08.2025. Abgerufen am 11.09.2025, archiviert hier. Stiftung Familienunternehmen: [Europa verliert an Wettbewerbsfähigkeit](#). Instagram, 01.04.2025. Abgerufen am 11.09.2025, archiviert hier. Stiftung Familienunternehmen: [Die neue WeltUNordnung](#). Instagram, 19.04.2024. Abgerufen am 11.09.2025, archiviert hier. Stiftung Familienunternehmen: [Garant für Wohlstand unseres Landes ist das lebendige Unternehmertum](#). Instagram, 08.04.2024. Abgerufen am 11.09.2025, archiviert hier. Stiftung Familienunternehmen: [Gut gemeint ist nicht gut gemacht!](#), LinkedIn, 07.2025. Abgerufen am 11.09.2025, archiviert hier.
- 47 Stiftung Familienunternehmen und Politik: [Die Stiftung Familienunternehmen und Politik](#). Abgerufen am 11.09.2025, archiviert hier.
- 48 Gespräche mit Insider:innen, 2025; Interne Dokumente der SFU, die Greenpeace vorliegen, 2025
- 49 Stiftung Familienunternehmen: [Definition von Familienunternehmen](#). 15.10.2023. Abgerufen am 09.09.2025, archiviert hier.
- 50 Stiftung Familienunternehmen: [Publikationen](#). Abgerufen am 09.09.2025.
- 51 In vielen Publikationen, die auf der Webseite der Stiftung

- Familienunternehmen veröffentlicht wurden, wird auf ihre Definition verwiesen. Beispiele sind: 1) Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.): Circular Economy in Familienunternehmen – Herausforderungen, Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen, erstellt von der Stiftung 2°, Fraunhofer CeRRI, Fraunhofer IMW und Fraunhofer UMSICHT, München 2021. 2) Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.): Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland – Entwicklung der Steuern von Einkommen und Ertrag, 2. Auflage, erstellt vom ifo Institut, München 2020. 3) Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.): Gesetzesfolgen für Familienunternehmen abschätzen – Ein Familienunternehmen-Test für Deutschland und die EU, erstellt von Prof. Dr. Mathias Habersack, München 2020.
- 52 Stiftung Familienunternehmen: Förderung wissenschaftlicher Institute. Abgerufen am 09.09.2025, archiviert [hier](#).
- 53 Internes Dokument der SFU, 2014; Stiftung Familienunternehmen: Ein Tag mit Studierenden der Kölner Journalistenschule. 15.05.2023. Abgerufen am 09.09.2025, archiviert [hier](#).
- 54 Internes Dokument der SFU, 2014
- 55 Ebd.
- 56 Lobbyregister des deutschen Bundestages, Lobbyregister der Europäischen Union
- 57 Greenpeace-Auswertung der aktiven Interessenvertreter:innen deutschen Lobbyregisters am 22.08.2025
- 58 Internes Dokument der SFU, 2014
- 59 „Steuerparadies Deutschland? So viel kosten uns die Reichen“, archiviert [hier](#).
- 60 Stiftung Familienunternehmen: Programmbeschwerde beim ZDF. Abgerufen am 17.9.25, archiviert [hier](#).
- 61 Stiftung Familienunternehmen: Antwortschreiben des ZDF. Abgerufen am 22.8.25, archiviert [hier](#).
- 62 Beznoska, M. und Hentze, T.: Erbschafts- und Vermögenssteuer in den Wahlprogrammen. Institut der Deutschen Wirtschaft, 19.02.2025. Abgerufen am 18.09.2025
- 63 Vargas, M. und Neuwirth, B.: Billions for Millions – Eine Milliardärsssteuer mit ökologischer Lenkungswirkung für eine gerechte Zukunft. Greenpeace, 2024. Abgerufen am 18.09.2025
- 64 Lobbyregister des Deutschen Bundestages: Abschaffung der Erbschaftsteuer. Abgerufen am 25.06.2025
- 65 J.Jirmann: Milliardenvermögen steuerfrei erben – die Verschonungsregel macht möglich. Friedrich-Ebert-Stiftung, 2025. Abgerufen am 18.09.2025
- 66 Spiegel Online: Die Playboys kann ich an einer Hand abzählen. Abgerufen am 25.6.2025
- 67 Deutscher Bundestag: Schriftliche Fragen. Abgerufen am 18.09.2025
- 68 Monitor: Wie Superreiche mit Familienstiftungen Steuern umgehen. Abgerufen am 18.09.2025
- 69 Bundesfinanzministerium: Subventionsbericht 2023–2026. Abgerufen am 18.09.2025
- 70 Netzwerk Steuergerechtigkeit: Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2024. Abgerufen am 18.09.2025
- 71 Stiftung Familienunternehmen: Vermögenssteuer würde die Wirtschaft ausbremsen. Abgerufen am 25.06.2025, archiviert [hier](#).
- 72 Fuest, C. und Kirchdörfer, R.: Eine Vermögenssteuer könnte gerade bei Unternehmen mit geringen Renditen toxicisch wirken. NZZ, 2021. Abgerufen am 18.09.2025
- 73 Müller, A.: Familienunternehmensexperte Kirchdörfer: „Einführung der Vermögenssteuer wäre verantwortungslos“. Handelsblatt, 2021. Abgerufen am 18.09.2025
- 74 vgl Böcking, D.: Bundesregierung zeigt sich offener für Miliardärsteuer. Spiegel Online 2025. Abgerufen am 18.09.2025
- 75 Vargas, M. und Neuwirth, B.: Billions for Millions – Eine Milliardärsssteuer mit ökologischer Lenkungswirkung für eine gerechte Zukunft. Greenpeace, 2024. Abgerufen am 18.09.2025
- 76 Stiftung Familienunternehmen: Die reformierte Wegzugsbesteuerung. 2022. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#).
- 77 Netzwerk Steuergerechtigkeit & Oxfam: Keine Angst vor Steuerflucht. Abgerufen am 18.09.2025
- 78 Seemann, A. und Alber, M.: Der Einsatz von Familienstiftungen zur Vermeidung einer Wegzugsbesteuerung. Hennerkes, 2023. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#).
- 79 Jirmann, J., Schuster, B., Trautvetter, C.: Superreiche (wieder) gerecht besteuern. Eine Analyse des effektiven Steuerbeitrags von Superreichen in der Schweiz, Österreich und Deutschland. Netzwerk Steuergerechtigkeit, 2024. Abgerufen am 18.09.2025
- 80 Stiftung Familienunternehmen und Politik: „Aufbruch Jetzt!“ 01/2025. Abgerufen am 25.6.2025, archiviert [hier](#).
- 81 Stiftung Familienunternehmen und Politik: Neue Steuerlasten bedeuten weniger Wachstum - und damit den falschen Weg für unser Land! LinkedIn, 2024. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#). Stiftung Familienunternehmen: Vermögenssteuer würde die Wirtschaft ausbremsen. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#). Stiftung Familienunternehmen und Politik: Herbst der Reformen. LinkedIn, 09/2025. Aufgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#).
- 82 INSM: Wirtschaftswarntag am 29.01.25 in Berlin, Abgerufen ab 27.6.2025, archiviert [hier](#)
- 83 Lobbypedia: Initiative neue soziale marktwirtschaft. Abgerufen am 30.6.2025
- 84 INSM: Unsere Wirtschaft ist in Gefahr!, 2024. Abgerufen am 27.06.25., archiviert [hier](#)
- 85 Deutscher Bundestag: Gesetzesentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD vom 3.6.2025. Abgerufen am 22.9.2025
- 86 Peichel und Menkhoff: Geplante Unternehmenssteuerreformen: Eine modellbasierte Simulation der Auswirkungen auf Investitionen und Steuereinnahmen, 2025
- House and Shapiro: Temporary Investment Tax Incentives: Theory with Evidence from Bonus Depreciation, 2008. Zwick und Mahon: Tax Policy and Heterogeneous Investment Behavior, 2017. Gechert und Heimberger: Do corporate tax cuts boost economic growth?, 2022
- 87 Smit et al.: Study on due diligence requirements through the supply chain. Final Report, 01/2020, abgerufen am 23.9.2025
- 88 Stiftung Familienunternehmen: Implementative Steuerung als politische Lenkung der Unternehmerfreiheit, 2025. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#)
- 89 Lobbyregister des deutschen Bundestages: Bürokratiearme Umsetzung der Nachhaltigkeitsrichtlinie. Abgerufen am 30.06.2025, archiviert [hier](#)
- 90 Stiftung Familienunternehmen und Politik: Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD). Lobbyregister des Bundestages, 19.04.2024. Abgerufen am 18.09.2025. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Handelsgesetzbuch § 315e. Abgerufen am 18.09.2025
- 91 Aufruf der SFUP (01/2024), abgerufen am 25.6.2025
- 92 Stiftung Familienunternehmen und Politik: Offener Brief nach Ampel-Aus Stand: 11.11.2024. Abgerufen am 25.6.2025, archiviert [hier](#)
- 93 Internes Dokument der SFU, 2025
- 94 Koalitionsvertrag 2025: Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Abgerufen am 18.09.2025.
- 95 Franke, F. und Reinbold, F.: Lieferkettengesetz: Der erste Krach, Die Zeit, 19.05.25. Abgerufen am 25.6.2025
- 96 Stiftung Familienunternehmen und Politik: Verbändeerklärung. Stand: 06.25. Abgerufen am 30.6.2025, archiviert [hier](#)
- 97 Stiftung Familienunternehmen und Politik: Das kann weg – Ideen für den Bürokratieabbau. Abgerufen am 01.08.2025, archiviert [hier](#)
- Focus Online: Das kann weg! „Brauchen einen radikalen Schnitt“ gemeinsame Initiative für weniger Bürokratie. Abgerufen am 18.09.2025
- Business Punk: Das kann weg: der Leiterbeauftragte. Abgerufen am 18.09.2025
- 98 Eurosif Statement zu Omnibus. Abgerufen 17.09.2025
- 99 Appell Lieferkettenrichtlinie: KMU-Statement zum Lieferkettengesetz: Unternehmer fordern rasche Umsetzung und konkrete Entlastungen für KMU, Stand: 07.03.2025. Abgerufen am 18.09.2025
- 100 Böcking, D.: Wie Familienunternehmer den Standort Deutschland schlechter rechnen. Spiegel Online, 2025. Abgerufen 18.09.2025
- 101 Stiftung Familienunternehmen: Internationaler Gerechtigkeitsindex. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#).
- 102 siehe z. B. Stiftung Familienunternehmen: Gerechtigkeitsindex. LinkedIn, 05/2025. Aufgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#). Stiftung Familienunternehmen und Politik: Deutschland im Gerechtigkeitsvergleich: Was wirklich zählt. YouTube, 06.05.2025. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#). Stiftung Familienunternehmen: Deutschland hat im Kern kein Gerechtigkeitsproblem. Instagram, 05.05.2025. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#).
- 103 Stiftung Familienunternehmen: Internationaler Gerechtigkeitsindex, S.37. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#).
- 104 Stiftung Familienunternehmen: Internationaler Gerechtigkeitsindex, S.VII. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#).
- 105 Bundesbank: Monatsbericht April 2025. Abgerufen am 18.09.2025, und Bundeswirtschaftsministerium: Vermögensungleichheit in Deutschland und Europa. Abgerufen am 18.09.2025
- 106 Baarcz, J., Dolls, M., Unzicker, K. und Windsteiger, L.: Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland. Bertelsmann-Stiftung, 2022. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#). Tagesschau: ARD-DeutschlandTREND Juli 2025. Abgerufen am 18.09.2025
- 107 Greenpeace: Umfrage Klimaged. Abgerufen am 18.09.2025
- 108 Stiftung Familienunternehmen: Gerechtigkeitsindex, LinkedIn, Mai/2025, abgerufen am 22.9.2025
- 109 Bitter, J.: Deutschland floppt im Mittelstands-Ranking. Bildzeitung, 21.01.2025. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#)
- 110 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Wirtschaftskrise ist jetzt, 2025. Abgerufen am 18.09.2025, archiviert [hier](#)
- 111 Stiftung Familienunternehmen und Politik: Heute ist #Wirtschaftswarntag. Abgerufen am 17.9.2025, archiviert [hier](#)
- 112 Friedrich Merz: Heute ist der #Wirtschaftswarntag, Abgerufen am 17.9.2025, archiviert [hier](#)
- 113 Zucman, G. (2024, 25. Juni). A blueprint for a coordinated minimum effective taxation standard for ultra-high-net-worth individuals. Commissioned by the Brazilian G20 presidency.
- 114 G20 Brasil 2024: G20 Rio de Janeiro Leaders' Declaration
- 115 Deutscher Bundestag. Schriftliche Fragen. Abgerufen am 22.9.2025.
- 116 vgl Spiegel Online (2025): Klingbell verteidigt Vorschlag für höhere Steuern für Vermögende.
- 117 Expertenrat für Klimafragen (2025): Zweijahresgutachten 2024.
- 118 Vargas, M. und Neuwirth, B.: Billions for Millions – Eine Milliardärsssteuer mit ökologischer Lenkungswirkung für eine gerechte Zukunft. Greenpeace, 2024. Abgerufen am 18.09.2025
- 119 Neßhöver, C. und Bornefeld, A.: Das sind die 500 reichsten Deutschen. Manager Magazin Reichstenheft 1/2024, 10.10.2024. Abgerufen am 09.09.2025.
- 120 Nace Code: NACE Code. Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)–2025 Aktualisiert - Mit Erläuterungen Abgerufen am 18.09.2025
- 121 Greenpeace: Greenpeace Datenportal unter [daten.greenpeace.de](#)
- 122 Eurostat: Luftemissionsrechnungen nach NACE Rev. 2 Tätigkeit. Stand: 13.12.2024. <https://doi.org/10.2908/ENV.AC.AINAH.R2>. Abgerufen am 18.09.2025
- 123 Carbon Disclosure Projects: Technical Note: Relevance of Scope 3 Categories by Sector, 2024. Abgerufen am 18.09.2025
- 124 Statistisches Bundesamt: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen. Abgerufen am 19.09.2025
- 125 Cabello, J.: Offsets discredited. Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO), 2025. Abgerufen am 18.09.2025
- Klaassen, L., Stoll, C.: Harmonizing corporate carbon footprints. Nature Communications, 2021. Abgerufen am 18.09.2025
- 126 Greenhouse Gas Protocol : Technical Guidance for Calculating Scope 3 Emissions, 2013. Abgerufen am 18.09.2025
- 127 Die Daten für die Emissionen des Wohnungswesens zeigen, dass das Wohnungswesen in Deutschland für 537.000 t CO₂ an Scope-1-Emissionen und auf Basis der CDP-Befragung 7,6 Millionen t CO₂ an Gesamtmissionen aufweist. Diese Daten scheinen unvollständig zu sein. Denn laut Angaben des Gesamtverbands der Wohnungswirtschaft GdW gibt es in Deutschland 9,1 Millionen von gewerblichen Eigentümern vermietete Wohnseinheiten (Quelle: GdW (2025): Wohnungswirtschaftliche Daten und Trends 2024/2025, S. 7). Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 92 m² und einer durchschnittlichen Emission von 25 kg CO₂e pro m² (Quelle: UBA, 2023) ergäben sich zusätzliche Scope-3-Emissionen von rund 21 Millionen t CO₂e und damit etwa dreimal so viel wie im Datensatz als Gesamtmissionen ausgewiesen. Diese Überschlagsrechnung passt dagegen gut zur Größenordnung der Emissionen des gesamten Gebäudesektors im Jahr 2023 von 102 Millionen Tonnen CO₂e und entspricht ungefähr dem Anteil der gewerblichen Wohnanbieter am gesamten Wohnungsmarkt mit 41,3 Millionen Wohnseinheiten (ebd.).
- 128 Grundlage ist der von Bastion et al. (2017) entwickelte Ansatz zur Bewertung der Klimaschädlichkeit von Finanzportfolios. Dabei werden die Sektoren anhand von Emissionszahlen aufgeschlüsselt und diejenigen mit den höchsten Emissionen („Top Emitters“) als kritisch identifiziert. Vgl. hierzu Bastion et al. (2017): A climate stress-test of the financial system.